

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: Preis des Nummerierten
Hefenjahres 3,90 RM, monatlich 1,30 RM,
wöchentlich 30 Pf. frei und Haus.

Vormärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Besteht für die sechsgehaltene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 50 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Beiträge
und Berichterstattungen 30 Pf.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 5. Januar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Kämpfe längs des Sereth.

Russischer Widerstand in den Wald-
karpathen — Höhen bei Sobeja am Tufita
erfüllt — Vordringen über Mera auf
Dobescei — Russische Reiterei im Winkel
Buzaul-Sereth geschlagen — In der Do-
brudscha bis zum Vorland von Galatz.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 4. Ja-
nuar 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Regen und Nebel geringe Gesechtstätigkeit.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leopold von Bayern.

Nordwestlich von Dünaburg drangen Kompanien des Olden-
burgischen Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 259 über das
Düna-Eis und erreichten den Russen eine Insel. Ueber 40 Ge-
fangene und mehrere Maschinengewehre wurden zurückgeführt.

Front des Generalsoberst Erzherzog Joseph.
In den Waldkarpathen gelang es russischen Abteilungen,
sich in der vorderen Stellung nördlich von Mesecanesti festzu-
setzen.

Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen nahmen nörd-
lich der Tisza-Straße und beiderseits von Sobeja (im Tisza-
Tal) mehrere Höhen im Sturm und hielten sie gegen starke An-
griffe der Gegner.

Spezialgruppe des Generalfeldmarschalls
von Mackensen.

Überhalb von Dobescei (nordwestlich von Focani) ist der
Nicoan-Abchnitt überwunden.

Westlich der Buzaul-Mündung versuchte starke russische
Kavallerie vorzudringen; sie wurde zurückgeschlagen.

Schulter an Schulter haben ungarische und deutsche Regi-
menter die hartnäckig verteidigten Orte Racin und Dija ge-
stürmt. Bisher sind etwa 1000 Gefangene und 10 Maschin-
gewehre eingebracht.

Die Dobrudscha ist damit bis auf die schmale gegen Galatz
verlaufende Landzunge, auf der noch russische Nachhuten halten,
vom Feinde gesäubert.

Razedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister,
Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 4. Januar. Amtlich.

Im Osten und Westen keine besondere Gesechtstätigkeit.
In Rumänien sind längs des Sereth die Kämpfe aufgelebt.

Der österreichische Bericht.

Wien, 4. Januar 1917. (W. T. B.) Amtlich wird
verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Dobrudscha ist mit Ausnahme der schmalen gegen
Galatz ziehenden Landzunge vom Feinde gesäubert.

In der rumänischen Ebene außer erfolglosem Vorkücken
russischer Kavallerie keine besonderen Ereignisse.

Westlich von Sobeja und an der Tisza-Straße feindliche
Stellungen gestürzt. Westlich von Seleputna demächtigten
sich die Russen eines unserer Gräben. Sonst im Nordosten nichts
von Belang.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes,
v. Escher, Feldmarschalleutnant.

Die Antwort an Wilson.

Amsterdam, 3. Januar. Die Reuter erfährt, wird
die Antwort der Alliierten an Wilson vielleicht erst einige
Tage, nachdem das Dokument den Präsidenten er-
reicht hat, veröffentlicht werden. Zurzeit unter-
liegt es noch einigen leichten redaktionellen Verän-
derungen. Während die Antwort an Deutschland nochmals
die Bedingungen aufzählte, die nicht angenommen werden
würden, kann erwartet werden, daß die Antwort an Wilson
weitergehen und in genauerer Fassung die ein-
zigen Präliminarien angeben wird, unter
denen die Alliierten bereit sind, zu unter-
handeln.

Amsterdam, 4. Januar. Aus London wird dem „Allgemein
Handelsblatt“ gemeldet, die Tatsache, daß Präsident Wilson Schritte
zu unternehmen beabsichtigt, um seine Friedensaktion durch eine
Resolution des Senats unterstützen zu lassen, müsse als ein
Beweis dafür angesehen werden, daß Wilson noch weiter
zu gehen beabsichtige. Es scheint ebenso sicher zu sein, daß
die Antwort der Alliierten an Wilson, die wahrscheinlich
am Freitag abgefaßt werden wird, als eine not-
wendige Folge der Tatsache, daß die Antwort der verbündeten
Mächte an die Zentralmächte ablehnend lautete, gleichfalls in diesem
Geiste abgefaßt sein wird.

Die „Westminster Gazette“ hofft, die Antwort der Alliierten an
Wilson werde von dem Geiste getragen sein, daß sie die öffentliche
Meinung in Amerika überzeugen werde. Eine einfache nega-
tive Antwort würde nicht genügen. Die Amerikaner
interessieren sich hauptsächlich für die Mittel, welche nach dem Kriege
angewandt werden sollen, um einer Wiederholung eines solchen
Weltkrieges vorzubeugen, und sie glauben, daß ihr Präsident mit
seiner Empfehlung eines Völkerbundes einen Ge-
danken ausgesprochen habe, der für die Welt einen wirklichen Wert
haben könnte. Der Wunsch, den Lord Grey den Neutralen gegeben
habe, diese Idee schon während des Krieges auszuarbeiten, werde
in Amerika warm willkommen heißen.

Der „Secolo“ will nach einem Telegramm des „A. T.“ aus
Lugano wissen, die Note lege in großen Umrissen die Bedingungen
der Entente auseinander, die die Räume Belgiens, Ser-
biens, Rumaniens, Montenegro und Frank-
reichs fordere, ehe die Friedenskonferenz überhaupt möglich sei.
Ferner verlange man die Rückgabe Elzas-Lothringens

und die Umgestaltung der europäischen Karte auf
Grundlage des Nationalitätenprinzips. Die Zentral-
mächte können, so wird gesagt, diese Bedingungen heute schon genau,
aber auch die Neutralen sollen darüber aufgestellt werden.

London, 4. Januar. Der New Yorker „Times“-Korrespondent
meldet, daß Wilson seine zukünftige Politik noch nicht
bestimmt habe; er gründe sie jedoch schon so gut wie vollkommen
auf eine Fortsetzung des Krieges, da die Antwort der Alliierten an
Deutschland bereits habe vermuten lassen, daß man Amerika auf
gleiche Weise antworten werde.

Der Vertrauensmann der Westmächte.

Sazonow's Rehabilitierung.

Immer neue Umbildungen vollziehen sich im Ministerium
Trepow. Seit einer Reihe von Tagen wird auch Sazonow's
Name in Verbindung mit diesen Vorgängen genannt, und
jetzt ist die Form gefunden, wie er sich dem Trepow-Kreise
angliedern läßt, zu dem er wie das Blut zur Aber poßt.

Kopenhagen, 3. Januar. Die Petersburger Zeitungen be-
richten, hat der Zar die Inziehung Sazonow's zu den Be-
ratungen des Ministerrats über Auswärtige Angelegen-
heiten angedeutet. Ferner wurde Sazonow in feierlicher Sitzung
der russisch-englischen Handelskammer in Anwesen-
heit des englischen Botschafters Buchanan zum Ehrenvorsitzenden
dieser Kammer gewählt. Wie die Petersburger Zeitungen melden,
erklärte Sazonow, tatsächlich die Zeitung der
Kammer übernahmen zu wollen. Buchanan habe unlängst
die Demission von deren Vorsitzenden Timirassow gewünscht,
weil dieser nach Bekanntgabe der Beschlüsse der Pariser Wirt-
schaftskonferenz dieselben in der Presse kritisiert und erklärt habe,
daß Rußland auf einen Handelsvertrag mit Deutschland keinesfalls
verzichten wolle.

Als der Krieg in Sicht kam, hat Sazonow bewiesen, daß
er Englands Mann war. Jetzt beweist England, wie sehr es ihm
vertraut. Und Herr Buchanan schlägt gleich zwei Fliegen mit
einer Klappe: Sazonow's Name muß herhalten, das Ver-
trauen zu beschwichtigen, das auf französischer Seite bestanden
haben mag in bezug auf den Glauben an Rußlands Bereit-
schaft, den Krieg in jeder Hinsicht — auch als Wirtschaftskrieg
— rückwärts bis zu Ende durchzuhalten. Da Timirassow
hinter Sazonow's dienstwilligem Rücken verschwindet, wird
bald genug zu hören sein, daß der von Frankreich propagierte
Zusammenschluß der Ententeländer zur weltwirtschaftlichen
Aussperrung der Mittelmächte nunmehr auch von Rußland
mitgemacht werde. Rußland hat seinen selbständigen be-
nennbaren Willen mehr. Es muß gegen sein eigenes Fleisch
wiltlen und Sazonow leistet ihm diesen Patriotendienst.

Was ist jetzt zu tun?

Die Ablehnung des deutschen Friedensangebots hat die
Regierung und alle Kreise des deutschen Volkes vor eine neue
politische Situation gestellt.

Was auch immer die Gegner über die Schuld am Kriege
sagen mögen, so läßt sich doch die Tatsache nicht aus der
Welt schaffen: an dem Kriege, der seit dem 12. Dezember
1916 tobt, tragen sie die Schuld. Die Mittelmächte haben
Frieden geboten, der Völkerverband lehnt ihn ab. So ist seit
dem 12. Dezember jeder Zweifel daran geschwunden, daß
Deutschland einen Verteidigungskrieg führt, und die
Pfllichten jedes deutschen Sozialdemokraten gegenüber seinem
Landes sind noch viel klarer als je zuvor.

Der Parteistreit, ob wir einen Verteidigungskrieg führen
oder nicht, ist damit, mag er auch nach dem Gesche der Träg-
heit weiter fortauern, durch die Weltgeschichte selbst erledigt.

Dafür drängen sich dem arbeitenden Volke Deutschlands
andere Fragen auf, eröffnen sich ihm neue Wirkungsmöglich-
keiten. Jetzt steht drüben, hinter den feindlichen Schützengräben
und in ihnen selbst die Frage laut: Ist das noch der-
selbe Krieg? Jetzt sieht man auch drüben die Möglichkeit,
ohne weiteres Blutvergießen zu einem Frieden zu kommen,
der Taten, Ehre und wirtschaftliche Existenzfreiheit des eigenen
Landes sichert, jetzt können vielleicht endlich doch die Arbeiter
aller Länder an die Aufgabe herantreten, durch gemeinsames
Wirken der Welt den erscheinenden Frieden wieder zu bringen.

Das ist das politische Ziel, auf das die Arbeiterpartei
Deutschlands jetzt alle ihre Anstrengungen konzentrieren muß.
Ganz unbegründet ist die Sorge, daß darüber die nationale
Verteidigung zu kurz kommen könnte. Niemand wird von der
sozialdemokratischen Fraktion jetzt ernstlich verlangen, daß
sie fernere Kriegskredite ablehnen soll. Und die Sozial-
demokraten an der Front wissen ganz genau, daß es der
Wille nicht der eigenen Regierung und des eigenen Volkes,
sondern jener der Gegner ist, der sie in Not und Gefahr
ihren Lieben fernhält. Ebenso wird die Zustimmung der
sozialdemokratischen Fraktion zum Hilfsdienstgesetz keine so
strengen Kritiker mehr wie früher finden, denn alle Ver-
schwerden, die es dem Volk des Hinterlandes bringen mag,
sind nicht zu vergleichen mit den Leiden der Soldaten draußen,
wenn ihnen die Munition ausgeht.

Eiserne Pflichterfüllung ist für das ganze deutsche Volk
zur Selbstverständlichkeit geworden. Und es wäre kaum not-
wendig, diese Selbstverständlichkeit noch besonders hervor-
zuheben, wenn nicht gewisse Stimmungen darüber hinaus
etwas Großes, Neues, Unerhörtes fordern würden, wohnt
man einstweilen nicht genau weiß, was es ist, das aber
vielleicht doch nicht so groß, neu und unerhört ist, wie der
Lärm anzukündigen scheint, der ihm vorhergeht.

Indes stehen wir wohl, wie gesagt, vor einer neuen
politischen, aber vor keiner neuen militärischen
Situation. Die Aufgabe, um die sich unsere Kriegführung,
ihrem eigenen Gesetze folgend, seit zweieinhalb Jahren bemüht,
ist die, den Gegner physisch zum Frieden zu zwingen. Die
Politik aber steht neben diesen physischen Zwang den mora-
lischen, und so war das deutsche Friedensangebot nur das
Ergänzungsglied zu den Siegen in Rumänien: in einem Krieg,
der, militärisch offensiv geführt, doch politisch ein Defensiv-
krieg bleibt.

Das Bestreben, diese zusammengehörigen Stücke aus-
einanderzureißen, nur noch den Krieg- und Siegeswillen
geltend zu lassen, den Friedenswillen aber auszu-
schalten, ist aus der Erregung über die Ablehnung der
Gegner zu verstehen, es entspricht aber nicht aus ruhig
vernünftiger Überlegung. Dieses Bestreben darf an aller-
wenigsten in der Sozialdemokratie einen Platz finden!

Die Regierung kann einstweilen nichts anderes für
den Frieden tun, als an der Formel festhalten: „Zum Kampf
entschlossen, zum Frieden bereit!“ Die Gegner sollen wissen,
daß die Friedensbereitschaft als ruhende Kraft immer noch
vorhanden ist und daß sie an dem Tage wirksam werden
wird, an dem auch sie zu einem Frieden ohne Ver-
gewaltigung des deutschen Volkes bereit sein werden. Welche
Kann die Regierung jetzt nicht tun, ihre Mittel sind erschöpft.

Die Mittel der Sozialdemokratie sind es
nicht! Ganz im Gegenteil! Gerade durch das deutsche
Friedensangebot und seine Ablehnung ist eine Situation ge-
schaffen, die der Sozialdemokratie Gelegenheit gibt, auf dem
ihr eigenen Gebiet ihre Kraft zu entfalten. Sie wird um
den Frieden nicht flehen und betteln, aber sie wird nun
und nimmer — jetzt erst recht nicht — aufhören, auf das
große, gemeinsame Interesse hinzuweisen, das die Arbeiter
aller Länder zwingt, für die Beendigung des Krieges
ihre Kräfte zu tun!

So wenig die deutschen Arbeiter selbst einen Frieden an-
nehmen wollen, der ihnen den Weg zur politischen Freiheit

sucht. Ich frage mich, warum die revolutionärsten Syndikalisten nicht im Sinne dieser Entschlüsse gehandelt haben.

Was mich anbetrifft, so hat sich in meinem Köpfe ein Umsturz vollzogen. Ich war Anhänger der Revolution, aber angeichts der Entwicklung des Militarismus und der furchterlichen Schlächtereien, habe ich meinen

Revolutionen aufgegeben.

Meine revolutionären Syndikalisten haben ihre Meinung geändert, weil sie den Angriff gegen Frankreich gerichtet haben. Aber sie hätten schon früher gegen die kolonialen Eroberungspläne auftreten sollen, die vielleicht eine der Ursachen des gegenwärtigen Krieges sind.

Ueber unseren häuslichen Streit läßt sich manches sagen. Die Mehrheit des C. G. T. ist der Ansicht, daß man über den Arbeiterkämpfen nicht Frankreich vergessen dürfe. Wir müssen jedoch danach streben, die Arbeiterorganisationen zusammenzubringen und die Streitigkeiten möglichst zu dämpfen, sonst verlieren wir alles Ansehen bei den Arbeitern sowohl wie bei den Unternehmern.

Insbesondere müssen wir am Grundsatz festhalten, daß das Wirken der Arbeiterklasse unabhängig von den Unternehmern sein muß. Jedes Zusammenwirken mit ihnen soll nur vorübergehend sein.

Es erfolgte sodann die Abstimmung über die Haltung 'Jouhaux' und der Mehrheit der Verwaltung der C. G. T. während des Krieges. Das Ergebnis war: 99 Organisationen billigten sie, 26 stimmten gegen, 12 enthielten sich, 3 waren abwesend.

Die Sozialdemokratie und der Friede.

Beschluß der italienischen sozialistischen Kammerfraktion. Lugano, 25. Dezember. Beim Abschluß der diesmaligen Kammeression, die in diesen Tagen zu Ende ging, faßte die sozialistische Abgeordnetengruppe folgenden Beschluß:

„In Uebereinstimmung mit den Grundsätzen und Gesichtspunkten, die bisher schon ihre Stellungnahme gegen den Krieg leiteten und gegenüber den Verdrehungen und Neuherungen ihrer Redner, bekräftigt die Fraktion noch einmal nachdrücklich ihre sowohl grundsätzliche wie spezielle Kritik, die sie auch den Krieg als unfähig erkennen ließ, die politischen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen, die ihn angeblich rechtfertigen. Die Täuschung darüber kann nicht und darf nicht die Friedensverhandlungen hinauszögern.“

Die Fraktion konstatiert, daß die Kammerreden dieser letzten Session vom sozialistischen Friedensantrag beherrscht waren, der zwar von vornherein abgelehnt, doch sich fernerhin allen Reden der Abgeordneten sowohl wie der Regierung ausdrückte bis zur schwer verständlichen Rede des Sonnino, in der die von den sozialistischen Abgeordneten aufrechterhaltene These, daß Friedensanträge nicht ohne weiteres abzulehnen seien, betont wurde.

Die Fraktion setzt große Hoffnungen auf den in allen kriegführenden Ländern anwachsenden moralischen Druck der Massen auf die Regierungen, auf daß alle Kräfte der Einsicht, der Vernunft und Verständigung die Oberhand gewinnen und ins Werk gesetzt werden, zu einem baldigen Ende des Konflikts, das gleichermaßen von allen Völkern ersehnt und erstrebt wird, die Zurückbares an Trauer, Zerstörung und Kriegselend erlitten und erleiden.“ (Z. A.)

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 3. Januar. Generalstabsbericht vom 3. Januar. **Mazedonische Front:** In einzelnen Abschnitten der Front lebhaftere Artilleriefeuer. Für uns günstig verlaufene Patrouillengefächte nordwestlich von Bitolia, wobei wir Gefangene machten. Zwischen dem Warbar und dem Doiransee lebhafteste Tätigkeit der feindlichen Artillerie. Zwei Kriegsschiffe beschossen ergebnislos unsere Stellungen bei Drfano.

Rumänische Front: In der Dobrudscha zog sich der Gegner auf die mächtig besetzte Stellung längs der Straße Macin—Nijila—Vacarenti zurück. Der Vormarsch gegen diese Stellung dauert fort. Wir besetzten die Höhe 108 östlich von Nijila. Feindliche Monitore beschossen Tulcea.

Sofia, 4. Januar. (W. L. W.) Generalstabsbericht vom 4. Januar. **Mazedonische Front:** Im Cernabogen und an der Struma lebhaftere Artillerietätigkeit. Eine feindliche Kompanie mit einem Zug Kavallerie versuchte zweimal gegen das Dorf Kupri in der Serresebene vorzuziehen, wurde aber durch unser Feuer verjagt. — **Rumänische Front:** In der Dobrudscha wurde nach einem äußerst erbitterten Kampfe der verzweifelte Widerstand der Russen im Abschnitt Macin—Nijila gebrochen. Teile der vierten Preslav-Division nahmen Nijila im Bajonettkampf. Die verbündeten bulgarischen, deutschen und türkischen Truppen zogen nach blutigem und erbittertem Kampfe in Macin ein. Bisher wurden zehn Offiziere und siebenhundert Mann als Gefangene und sechs Maschinengewehre als Beute gezählt.

Die Kämpfe an der Tigrisfront.

London, 3. Januar. Amtlich. Seit dem 26. Dezember hindert schwerer Regen, der den Boden in Morast verwandelt, die Kämpfe an der Tigrisfront. Trotzdem wurden weitere Fortschritte auf dem rechten Ufer des Tigris östlich und nordöstlich von Kut el Amara erzielt.

Was der türkische Bericht gestern meldete, war mehr das Gegenteil von englischen Fortschritten.

Der Seekrieg.

Die „Beritè“. Das französische Marineministerium erklärt, daß die „Beritè“, die zu einem nach Griechenland entsandten Geschwader gehört, sich gegenwärtig in einem französischen Flottenstützpunkt befindet und daß ihm nicht das geringste zugefügt sei. Seit der Torpedierung des „Gaulois“ am 27. Dezember 9 Uhr morgens sei kein französisches oder alliirtes Kriegsschiff im Mittelmeer torpediert worden. Durch diese Richtigstellung wird die von deutscher Seite amtlich gemeldete Torpedierung eines französischen Linienkriegsschiffes am 12. Dezember in der Nähe von Malta nicht betroffen. Es wird sich dann eben um ein anderes Schiff der „Beritè“-Klasse handeln.

Auf der Fahrt Archangel—Londen versenkt.

Kopenhagen, 4. Januar. (W. L. W.) „Verlänste Tidende“ meldet aus Bergen: Vier trocken heute Offiziere des russischen Dampfers „Zuska“ ein, der auf der Fahrt Archangel—Londen von einem deutschen U-Boot versenkt worden war. Das Schiff sank bei schwerem Wetter sofort. Das eine Rettungsboot kenterte, auch die Lage der übrigen Boote

war gefährlich. Schließlich wurden die Schiffsrudern von dem norwegischen Motorschiff „Tallorb“ aufgenommen und in Bergen gelandet.

Verenkt. London, 4. Januar. Londs meldet, daß der französische Dampfer „Leon“ versenkt wurde. Die Besatzung wurde an Land gebracht. Ferner wurden durch U-Boot versenkt die französischen Segler „Ouo Badis“ (109 Br.-R.-T.), „Marie Louise“ (168 Br.-R.-T.) und „Coulis“ (181 Br.-R.-T.) sowie der Fischdampfer L. R. 2162 und der Fischkutter L. R. 1007. Londs meldet aus Lorient vom 2. Januar: Der norwegische Dampfer „Napildfisk“ traf in Leigos ein und landete einundzwanzig Mann der Besatzung des versenkten norwegischen Dampfers „Britannic“ (2389 Br.-R.-T.). Der englische Dampfer „Baheraig“ und der norwegische Dampfer „Ellis“ (602 Br.-R.-T.) sind gesunken. Die Mannschaft des letzteren ist gerettet. Der französische Postdampfer „Kosen“, der durch Funkpruch um Hilfe rief, ist torpediert und durch Explosion in zwei Teile gespalten worden. Das Heck des Dampfers wurde in den Hafen von Dippe geschleppt. — Londs meldet, daß der französische Dampfer „Leon“ versenkt wurde. Die Besatzung wurde an Land gebracht.

Kleine Kriegsnachrichten.

Deutscher Vorschuh an die Türkei. Der türkische Senat genehmigte das vorläufige Gesetz, durch das die Regierung ermächtigt wird, ein Vorschuhgeschäft mit der deutschen Regierung in Höhe von 38 751 400 Pfund abzuschließen und Papiergeld in Höhe von 35 Millionen Pfund auszugeben. Es handelt sich um einen bereits im Sommer des Vorjahres gemachten Vorschuh der deutschen Regierung.

Luzemburg. In Stelle Walters übernimmt Obergerichtsrat Seclere, der unter dem Ministerium Eychen Generaldirektor des Innern war, das Ministerium für Ackerbau, Handel und Industrie.

Ronabas Kriegshilfe. Aus Ottawa verlautet: Nach einer Besprechung mit dem kanadischen Finanzminister beschlossen die kanadischen Banken, einen weiteren Kredit von 50 Millionen Dollar zum Ankauf von Kriegsmaterial für die Reichsregierung zu gewähren. Dies ergibt eine Gesamtsumme von 250 Millionen Dollar, die von kanadischen Banken und von der kanadischen Regierung für diesen Zweck beschafft worden ist.

Zusammenkunft mittelmächtiger Parlamentspräsidenten. Der Wiener „Reichspost“ zufolge begibt sich der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses nach Berlin, um einer Einladung des Präsidenten Dr. Koempf zu einer am 19. Januar stattfindenden Zusammenkunft der Präsidenten der Parliamente der verbündeten Mächte Folge zu leisten.

Tschechische Sozialdemokratie und Königskrönung. Die offizielle Einladung zur Teilnahme an den Krönungsfeierlichkeiten in Budapest wurde von der tschechischen Sozialdemokratie Oesterreichs in ablehnendem Sinne beantwortet. Die tschechischen Sozialdemokraten beschloßen dagegen, der Einladung Folge zu leisten und sich durch ihren Vorkommenden, den Abgeordneten Kemecc, in Budapest vertreten zu lassen. Der tschechische Verband, der fast alle tschechischen Parteien umfaßt, wählte für den gleichen Zweck u. a. auch den sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Schmeral.

Belgische Auswanderung nach Südamerika. Die „Agencia Americana“ berichtet, daß das argentinische Landwirtschaftsministerium Schritte getan hat, flüchtige belgische Bauern, die jetzt in Frankreich oder England leben, in Argentinien anzusiedeln. Es ist der belgischen Regierung mitgeteilt worden, daß das Landwirtschaftsministerium 30 000 Hektar kultiviertes Land den flüchtigen Bauern zur Verfügung stellt und daß die Auswanderung sofort beginnen kann.

Die englischen Verluste im Monat Dezember betrugen in der Armeo 953 Offiziere (250 gefallen) und 39 711 Mann, in der Flotte 60 Offiziere (47 tot) und 2577 Mann.

Streit in England. Am 1. Januar wurde in England mit dem Boden von Kriegsbrot begonnen.

Der Rückgang des englisch-holländischen Postverkehrs. Im Jahre 1916 wurden mit den Postbooten der Gesellschaft Zealand 20 150 Personen gegen 102 150 Personen im Jahre 1915 befördert.

Neue Unruhen in Niederländisch-Juden. Amsterdam, 3. Januar. Aus Batavia wird gemeldet, daß wieder Unruhen auf der Insel Flores ausgebrochen sind. Die russisch-indischen griffen das bewaffnete Polizeikorps an. Es sind sofort Truppen zur Verstärkung abgegangen.

Kriegs-Kurszettel.

Zum Zwecke der Steuerveranlagung ist an verschiedenen Stichtagen Ende November und Anfang Dezember die Herstellung eines Steuerkurszettels erfolgt. Die breite Öffentlichkeit ist heute von der Kenntnis der an der Börse spielenden Vorgänge so gut wie ausgeschlossen, weil die Kurse nicht veröffentlicht werden dürfen, um spekulative Gelüste zu unterdrücken und um den Feinden nicht Gelegenheit zu geben, an dem kapitalistischen Barometer die Stimmungen in Deutschland abzulesen. Die Spekulation wird freilich nur in sehr unvollkommener Weise unterdrückt. Leute, die jobbern wollen, jobbern, nur hängen sie völlig von der Vertrauenswürdigkeit ihres Bankiers ab. So wird der neue Steuerkurszettel eine aufmerksame Leserschaft finden.

Man darf sich über den Einfluß der Kriegskonjunktur auf die Börsenkurse keinen phantastischen Vorstellungen hingeben. Wenn eine Reihe deutscher Gesellschaften riesige Gewinne erzielt und große Dividenden ausgeschüttet haben, so ist doch sowohl das Risiko gestiegen, das der Aktienbesitzer auf sich nimmt, wie der allgemeine Zinsfuß für langfristige Anlage, zu dem die Dividenden der Industrieunternehmen unter Einrechnung einer gewissen Risikoprämie kapitalisiert werden. Der Kurs weit aus der meisten Papiere mit großen Kapitalien, sowohl im Bankgewerbe wie in der Elektrizitäts- oder Montanindustrie ist nicht oder nicht wesentlich über den Friedensstand gestiegen. In die Höhe sind nur gestiegen die Kurse der Rüstungsunternehmen, wobei der Begriff der Rüstungsindustrie recht weit gefaßt werden kann. Das sind Unternehmen, die oft mit einem verhältnismäßig sehr geringen Aktienkapital arbeiten, deren wirklich verwendendes Anlagekapital aber infolge der vorsichtigen Auffassung von Reserven schon in Friedensjahren sehr viel größer ist. Wir erinnern z. B. an die Daimler-Motoren-Gesellschaft, deren Aktien 1911 zu 228 Proz. eingeführt wurden, die im Kurszettel mit 630 Proz. ausgewiesen sind und die heute noch höher notieren. So „läwert“ das Papier auch ist — das Unternehmen hat so viel verdient, daß nach der Börsenmeinung die Liquidationsquote noch immer höher als der heutige Wert wäre. Eine andere Kategorie von Gesellschaften haben ihren Kursstand verbessert, weil sie ihre Vorräte aus dem Frieden — häufig ehemals unverkäufliche Ladenshüter — zu wahrhaft glänzenden Preisen verwerthen konnten und auch zur Zeit der mildereren Wochendeckung sich vorsichtigerweise eingedeckt haben. Auf diese Unternehmen ist das Wort gemünzt,

daß wie jedes Paradoxon Wahrheit und Dichtung vermischt, „daß die im Frieden notleidenden Unternehmen im Kriege gesund geworden sind“. Wieder eine andere Gruppe von Gesellschaften — und was von den im Kurszettel ausgewiesenen Gesellschaften gilt, gilt natürlich auch von den darin nicht ausgewiesenen Einzelbesitzern — hat von der wundervollen Roxime der Behörden profitiert, durch Preissteigerungen die Erzeugung von Lebensmitteln anzureizen und zugleich ihren Verbrauch einzuschränken. Eine letzte Gruppe endlich — wir denken z. B. an die ehemals kleinen und mit großen Widerwärtigkeiten kämpfenden Viktoriamerke in Nürnberg — hat durch eine rasche, umfassende und elastische Anpassung an die Bedürfnisse des Krieges ganz ungemein verdient.

Wir lassen zur Orientierung einige Kurse folgen:

Reichsanleihe	5 Proz.	99 Proz.
Kriegsanleihe	5	98
Reichsanleihe	4 1/2	95
Reichsanleihe	4	88
do.	3 1/2	78
do.	3	68
Berl. Stadtanleihe	4	91

Die auf ausländische Währung lautenden Schuldverschreibungen und Aktien sind in der Regel infolge der Valutaverflechtung ungeheuer gestiegen. So werden z. B. 3 1/2 prozentige Züricher Stadtobligationen mit 116, 3 1/2 prozentige Kopenhagener mit 110 bezahlt. Dagegen hat sich, weil die Krone gegenüber der Mark fast um soviel entwertet ist als die Mark gegenüber den ausländischen Währungen, der Preis der vierprozentigen österreichischen Kronrente auf 57, der der ungarischen auf 56 gelent.

Der Steuerkurs der Deutschen Bank ist mit 244, der der Diskonto-Kommandit-Gesellschaft mit 182 festgesetzt. Böhmig notiert 245, Deutsch-Luxemburger 144, Geisenkirchen 197. Stark gestiegen sind die oberösterreichischen Werte: Die Oberösterreichische Eisenbahnbedarfs-Gesellschaft auf 194, die Oberösterreichische Eisenindustrie-Gesellschaft Caro-Gegensteid auf 146; Laurahütte notiert 189. Bismarckhütte hat sich ebenso wie Thale von den mageren Jahren vor dem Kriege kräftig erholt. Die Kurse sind 275 bezm. 380. Auch Maschinenwerke aller Art haben kräftige Steigerungen erfahren. Die Automobil-Industrie hat in dem Kriege glänzend prosperiert. Der Kurs von Daimler-Motoren ist bereits genannt worden. Saurh. Motoren notieren 268. Auch Fahrradfabriken, wie die erwähnten Viktoriamerke, deren Kurs 270 beträgt, haben glänzende Geschäfte gemacht. Unter den Elektrizitätsunternehmen seien folgende Kurse hervorgehoben: Die A. E. G. 220, Akkumulatorenfabrik 360, Bergmann-Elektrizitäts-Werke 182, Siemens u. Halske 225. Auch die kleineren Elektrizitäts-Gesellschaften haben glänzend prosperiert: Sachsenwerk (290), Hermann Böge (183) oder Wix u. Genest. Rüstungswerte schneiden natürlich glänzend ab. Allen voran Reimetal (Rheinische Maschinen- und Metallwarenfabrik), die vor dem Kriege den Kennwert nicht erreichten und deren Vorzugsaktien mit 401 im Steuerkurszettel figurieren. Der Kurs von Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken ist mit 418, der von Ludwig Löwe u. Co. mit 410 ausgewiesen.

Letzte Nachrichten.

Behandlung tuberkulöser und forbuhranker Kriegsgefangener.

Nach einer Mitteilung des Schwedischen Telegrammbureaus beziehen sich die wichtigsten Entschlüsse der Roten Kreuzkommission auf die Behandlung mit Tuberkulose und Scharbath behafteter Kriegsgefangener. Erstere sollen in besonderen in gesunden Gegenden befindlichen Krankenzimmern gepflegt werden. Die Regierungen sollen verpflichtet sein, einander von den gewählten Orten zu benachrichtigen und diesen Speziallagern die Tuberkulosekranken zu überfenden, die erst dann in ein gewöhnliches Lager zurückgeführt werden dürfen, wenn sie von einem Arzt für ganz gesund erklärt worden sind.

Für die Kontrolle werden besondere medizinische Kommissionen eingesetzt, zwei in Deutschland, zwei in Oesterreich-Ungarn und vier in Rußland. Die Mitglieder der Kommissionen sind ein neutraler Arzt, ein höherer Militärarzt und ein Vertreter des Roten Kreuzes. Sendungen von Liebesgaben und Unterstützungen für die Kranken werden kostenlos befördert. Scharbathkranken sollen bessere abwechselungsreicherer Kost erhalten. Schwerfranke sollen in ein Krankenhaus gebracht werden.

Strömungen gegen Lissa.

Budapest, 4. Januar. (T. U.) Die Opposition kündigt für die am 11. dieses Monats beginnende Session einen heftigen Ansturm gegen Lissa an. Die Ereignisse im Schoße der gemeinsamen Ministerien und der Wechsel des österreichischen Kabinetts sollen hierfür Anhaltspunkte bieten.

Repressalien wegen der skandinavischen Friedensnote?

Kopenhagen, 4. Januar. (W. L. W.) Das weitverbreitete südschwedische Blatt „Svenska Dagblad“ führt in einem Artikel, überschrieben „England und Norwegen“ folgendes aus: Daß die norwegische Regierung sich „erbreitete“, sich der schwedischen und dänischen Friedensnote anzuschließen, hat bei den Leitenden Kreisen Englands angestoßen und in verschiedenen englischen Zeitungen erregte Auslassungen veranlaßt. Das ist ganz natürlich, denn die gleichlautende Friedensnote der skandinavischen Länder bildet eine wenig angenehme Illustration zu der Behauptung der Entente, daß sie gerade für das Wohl der kleinen Nationen den Kampf bis zum „äußersten“ fortzusetzen gedente, aber niemand hätte doch wohl geglaubt, daß dieses einen Anlaß zu wirklichen Repressalien geben würde. Das ist aber doch Tatsache geworden, denn die englische Regierung erklärte sämtlich für Norwegen erzielte Rohstoffausfuhrbewilligungen von Beginn dieses Jahres für ungültig. Die Wirkung dieser Maßnahme ist bereits eingetreten.

Die neue englische Kriegsanleihe.

Amsterdam, 4. Januar. (T. U.) Nach Meldungen aus London wird die neue Kriegsanleihe, welche in der folgenden Woche emittiert werden wird, ungefähr 5 1/2 Proz. Zinsen abwerfen. Diejenigen, welche auf die Kriegsanleihe zeichnen, werden zu wählen haben zwischen einem Zins von 4 oder 4 1/4 Proz., frei von Einkommensteuer, und einem Zins von 5 1/2 Proz., die dann aber der Einkommensteuer unterworfen sind. Die Höhe der neuen Anleihe ist unbegrenzt. Die Inhaber alter Kriegsanleihen und von Erhöherbonds werden ein Konversionsrecht haben.

Bewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Der Baumarkt und das Hilfsdienstgesetz.

Für manche Zweige der Industrie, des Handels und auch für die Landwirtschaft erweist sich der Krieg als ein Gewinnbringender. Die Kriegswirtschaft schüttet reichlich höhere Dividenden aus als früher. Dieser Segen zeigt sich zum Teil auch in der Tätigkeit von vielen Fabriken, die ihre Anlagen, errichteten Neubauten, wobei schon oft eine Sordarbeit für die Umstellung der Erzeugung in die Friedensarbeit geleistet wird. Eine Reihe von Unternehmungen der neu gegründeten Gesellschaften in den Industriegebieten und in großen Städten läßt weiter Verwaltungs- und Lagergebäude bauen, die ebenfalls erhöhte Bautätigkeit erfordern. Auch viele Großhandelsfirmen, besonders in den Städten Rheinland-Westfalens hatten mit dem Neubau von Geschäftshäusern verschiedener Art begonnen. Endlich nahmen die Wiederaufbauarbeiten in Ostpreußen mehr Arbeitskräfte aus dem Baugewerbe in Anspruch, zunächst vorwiegend in den Städten, während man auf dem Lande, wo die verfügbaren Arbeitskräfte für landwirtschaftliche Tätigkeit gebraucht wurden, sich damit begnügte, zunächst die unumgänglich notwendigen Bauwerke zu errichten.

Der Baumarkt, der vor Kriegsbeginn sehr stark daniederlag, fing an, sich in der Kriegszeit neu zu beleben. Berichte der Arbeitsnachweise aus verschiedenen Landesteilen lassen hierfür ausreichende Belege. Vielfach konnte dem großen, durch Erweiterungsbauten in der Industrie verursachten Bedarf an Maurern, Bauhilfsarbeitern, Bauhelfern, Dachdeckern und Klempnern nicht entprochen werden. Ein starkes Nachlassen des Angebotes von Bauarbeitern war erkennbar. Während im Juni 1915 noch auf 100 offene Stellen 110 Arbeitsuchende kamen, meldeten sich im gleichen Monat des Jahres 1916 nur 71; im August 1916 kamen auf 100 offene Stellen nur noch 52 Arbeitsuchende.

Der Umstand, daß im Baugewerbe verhältnismäßig mehr Beschäftigte in dienstpflichtigen Jahresklassen befinden als in vielen anderen Berufen, deren Arbeiterschaft einen größeren Kreis von Lehrlingen, Jugendlichen, älteren Leuten und weiblichen Arbeitskräften umfaßt, erklärt es, daß diesem Gewerbe durch die Einberufungen ein größerer Teil des Arbeiterstandes entzogen wird als anderen Berufen. Die Kriegführung verlangt aber auch eine intensive Tätigkeit hinter der Front. Es wurden viel Neu- und Umbauten erforderlich. Um diese ausführen zu können und die baugewerblichen Arbeitskräfte hierfür frei zu bekommen, wurde von den stellvertretenden Generalkommandos die öffentliche wie die private Bautätigkeit verboten.

Jetzt unter der Herrschaft des Hilfsdienstgesetzes wird von einem Baumarkt kaum noch die Rede sein können. Für alle Arbeitskräfte im Baugewerbe dürfte sich während dieser Zeit Verwendung finden. Anders wird sich die Lage des Baumarktes nach dem Kriege gestalten. Die gleichen Ursachen, die den Mangel an Arbeitern hervorgerufen, nämlich der Krieg und die Einberufungen, werden mit Beendigung des Krieges zum Nachteil der Bauarbeiter umschlagen. Der Andrang von Arbeitskräften auf dem Baumarkt wird besonders stürmisch werden. Um den dadurch eingetretenen üblen Folgen entgegenzutreten, ist bereits Fürsorge getroffen, daß die mit Beendigung des Krieges zurückkehrenden Arbeitskräfte ordnungsgemäß für die Friedensarbeit übergeleitet werden sollen. Dazu ist die Mitwirkung der Gewerkschaftsorganisationen sehr vonnöten, und das Organ des Verbandes der Zimmerer fordert daher schon jetzt seine Mitglieder auf, in anbetrachter dieses Umstandes der Organisation die Treue zu bewahren, damit würden die Zimmerer nicht allein ihre eigenen Interessen schützen und wahren, sondern auch die Interessen ihrer unter der Waffen stehenden Kameraden, nämlich: geordnete und geregelte, und vor allem möglichst günstige Arbeitsbedingungen sich sichern.

„Kriegsbuden“ in der Tabakindustrie.

Eine Einschränkung der Herstellung von Zigaretten, Rau- und Rauchtabak, sowie Schnupftabak ist amtlich verfügt. Gerade zur Zeit, als diese amtliche Anordnung erlassen wird, veröffentlicht das Verbandorgan des Tabakarbeiterverbandes eine Zeitschrift, in der darauf hingewiesen wird, wie durch eine gewisse Schundfabrikation, die sich während des Krieges etabliert hat, eine Unmasse Tabak der Volkswirtschaft verloren geht. Von Großhändlern oder Händlern sind während der Kriegszeit „Fabriken“ errichtet worden, die offenbar das Gepräge des Postigen und Provisorischen tragen und die in stempelloser Weise nur unter dem Gesichtswinkel produzieren, um recht viel zu verdienen. Ein Stillet „Hindenburg“ oder „Rubendorff“ genügt, um ihrer minderwertigen Ware Uhuag zu verschaffen. Die in diesen Kriegsbuden hergestellten Waren sind vielfach ungenießbar und daher ohne jeden Gebrauchswert. Dazu kommt, daß die sanitären Zustände in diesen Betriebsstätten alles zu wünschen übrig lassen, von der Beachtung der Bundesratsverordnungen gar nicht zu reden. Auch mit den Arbeitslöhnen wird es wohl sehr häßlich. Die Militärbehörden, die jetzt auch für die Tabakindustrie viel Aufträge vergeben, sollten sich daher diese Kriegsbuden einmal etwas näher ansehen.

Arbeiterausschüsse und Kriegshilfsdienst.

Der „Vergarbeiter-Zeitung“ entnehmen wir: „In Bayern wie im Königreich Sachsen sind bisher die Wahlen der Arbeiterausschüsse in einer Weise vorgenommen worden, die den Bestimmungen des neuen Kriegshilfsdienstgesetzes widersprechen. In Sachsen sind daher auf den meisten Werken die Gelben am Ruder, die aber das Vertrauen der Mehrzahl der Belegschaften nicht besitzen, auch sind Ausschüsse von den Werkbesitzern ernannt worden. Ähnlich steht es in Bayern. Um diesen unzulässigen Zustand zu beseitigen, und um den Bergleuten eine ordentliche und arbeitsfähige Vertretung ihrer Interessen zu sichern, hat der Vergarbeiterverband Eingaben an die zuständigen Ministerien in Bayern und Sachsen gerichtet. Welches Ergebnis diese Eingaben haben werden, darüber werden wir noch berichten.“

Aus Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die am Donnerstag abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der Kriegskreditbank für Groß-Berlin hatte sich mit einem Antrag auf Ausdehnung des Wirkungsbereiches der Gesellschaft auf nicht in das Handelsregister eingetragene Kaufleute zu befassen. Ferner war über einen Antrag auf Beendigung der Dauer der Gesellschaft auf 5 Jahre nach Kriegsbeendigung zu beschließen. Der Vorsitzende der Disconto-Gesellschaft, Dr. Arthur Salomon, erklärte, der Handelsminister habe das Ersuchen gestellt, auch für die Kreditgewährung nach dem Kriege ausreichende Vorsorge zu treffen, und zwar auch für nicht ins Handelsregister eingetragene Kaufleute, die nach Beendigung des Krieges heimkehrten und zur Wiederaufnahme ihrer Geschäfte einer Kreditgewährung bedürften. Der Handelsminister habe auch den genossenschaftlichen Organisationen entsprechende Anregungen gegeben. Die letztgenannten Organisationen kämen für Handwerker usw. in Betracht. Die Kriegskreditbank Groß-Berlin habe bisher Kredite nur an Firmen, das heißt solche Kaufleute, die in das Handelsregister eingetragen sind, gewährt; um die Kreditgewährung auch auf nicht in das Handelsregister eingetragene Kaufleute einzutragen zu können, sei es notwendig, im Statut das Wort „Firmen“ durch „Kaufleute“ zu ersetzen. Die Berliner Handelskammer, die Potsdamer Handelskammer und die Vertreter der Kaufmannschaft hätten sich mit dieser Änderung einverstanden erklärt, ihre Zustimmung

jedoch davon abhängig gemacht, daß der Gesamtbetrag der an nicht in das Handelsregister eingetragene Kaufleute zu gewährenden Kredite die Summe von 10 Millionen Mark nicht übersteige, und daß solche Kredite nur an Kaufleute gewährt würden, die nachweislich vor Kriegsbeginn ein Einkommen von wenigstens 4000 Mark gehabt hätten und auch sonst nach allgemeinem kaufmännischen Grundsatze kreditwürdig seien. Mit den erwähnten drei Organisationen sei ferner eine Verständigung dahin erzielt worden, daß die Auflösung der Kriegskreditbank spätestens fünf Jahre nach Beendigung des Krieges in Aussicht genommen werde. Nach diesen 5 Jahren soll das Unternehmen in Liquidation treten. Neue Kredite dürfen während der Zeit der Liquidation nicht mehr gewährt werden. Es sei jedoch zulässig, soweit es im Interesse einer ruhigen Abwicklung erforderlich erscheint, bereits eingeräumte Kredite über den Zeitpunkt der ursprünglichen Fälligkeit hinaus weiter zu gewähren. Die Anträge wurden einstimmig genehmigt, ebenso die damit im Zusammenhang stehenden Satzungsänderungen. Der Geschäftsgang des Instituts ist auch weiter sehr ruhig geblieben. Von den der Bank zur Verfügung stehenden Mitteln, nämlich des eingezahlten Kapitals von 4 575 000 Mark und der Reserven von 95 000 M., seien nur 4 075 000 M. ausgeliehen worden. — Es scheint sehr fraglich, ob der Höchstbetrag der zu gewährenden Kredite nicht zu niedrig bemessen ist.

Die Löwenbrauerei Akt.-Ges. in Berlin erzielte ein Halbjahresergebnis von 1 556 005 M. (1014/15: 1 308 381), davon 1 792 764 M. (1930/31) aus dem Verkauf von Bier und Nebenprodukten stammten. Im Geschäftsbericht bemerkt die Verwaltung, daß sie durch Einkauf ausländischer Malzes und Hebernahme von Kontingenten ihre Malzbezüge erhöhen konnte, wodurch sie in der Lage war, den Bedarf ihrer Kundenschaft zu decken und die beträchtlichen Deereslieferungen zu bewältigen. Trotzdem ist der Absatz hinter dem des Vorjahres ziemlich erheblich zurückgeblieben, was durch die Verminderung der Steuerabgaben von 680 808 M. auf 428 222 M., in denen bei der Gesellschaft die Brauereien enthalten sind, bedingt wird. Die Abschreibungen werden von 548 618 M. auf 682 592 M. erhöht. Vesteigert wurden die Abschreibungen auf Maschinen und Apparate von 88 660 M. auf 158 203 M. sowie auf Wirtschafts- und Niederlageneinrichtungen von 64 256 M. auf 146 784 M. Die letzt-erwähnte Abschreibung wird von der Verwaltung damit erklärt, daß eine große Anzahl der Anechter des Unternehmens infolge der langen Dauer des Krieges in seinen Geschäften geschädigt sei. Die Abschreibungen auf Außenstände wurden dagegen von 160 000 Mark auf 38 812 M. verringert. Es verbleibt ein Ueberschuß von 187 418 M. (117 638), aus dem eine fünfprozentige Dividende gezahlt wird. Die Beamten erhalten eine Lantime von 16 230 M. (11 600), ferner werden einem Unterstützungsfonds 15 000 M. (0) zugewiesen und 46 188 M. (46 038) auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Börse war am Donnerstag auf die Neuermeldung abgeschwächt, daß die Verhandlungen in ihrer Antwort an Wilson „in genauerer Fassung die einzigen Präliminarien angeben werden, unter denen die Alliierten bereit sind zu unterhandeln“. Auch hat der Reichsbankausweis zur Zurückhaltung gemahnt.

Sieghardt Schwanengefang.

Dr. Sieghart hat bei seiner Verabreichung vom Verwaltungsrat der Bodenkreditanstalt in ausgezeichneter Weise die von ihm erfolgreich angewandten Methoden des modernen Finanzmannes auf die kürzeste Formel gebracht:

Mit Stolz dürfen alle Organe der Bodenkreditanstalt und ihres Konzerns darauf hinweisen, daß sie stets ihre patriotische Pflicht erfüllt haben, wo es galt, staatliche oder gemeinwirtschaftliche Zwecke und Interessen zu fördern. Sieghart geblieben ist vor allem der bis in die jüngste Zeit vielumstrittene, von mir während meiner Amtswirksamkeit festgehaltene Grundgedanke unserer finanziellen Organisation, der Gedanke der finanziellen Vereinigung der technischen Kräfte, die Verknüpfung der Produktionsbetriebe mit den Zirkulationsmittelpunkten des Kapitals, eine Verknüpfung, die es möglich macht, alle jeweils freigeordneten Mittel sofort auf einen Punkt zu werfen, auf den es ankommt, hier Betriebe aus dem Boden zu stampfen, dort bestehende Betriebe dem stärksten Widerstande gegenüber zu erweitern. Spätere Jahre werden darüber richtig urteilen.

Dr. Sieghart hat das Pulver der modernen Finanztechnik nicht erfunden, aber mit wahrhaft glänzendem Erfolge angewandt. Sein stolzes Bekenntnis zu seinen Werken ist die beste Antwort an die Esel, die den toten Löwen mit ihrem Jubeltritt beehren.

Soziales.

Doppeltes Stillgeld.

Die Frage, ob bei Mehrgeburten erhöhtes Stillgeld zu gewähren ist, spielt noch immer eine Rolle und die Krankenkassen stehen fast durchgängig auf dem Standpunkt, daß Mehrgeburten die Erhöhung des Stillgeldes nicht im Gefolge zu haben brauchen.

Es ist das ein Irrtum. Das Reichsversicherungsamt hat in der Entscheidung: II. K. 23/15 sich ganz eindeutig dafür ausgesprochen, daß sich das Stillgeld nach der Zahl der geborenen Kinder zu richten habe. Es ist das zwar geschehen in einer Streitfrage, die auf Grund der Bestimmungen über die Wochenhilfe während des Krieges entstanden war, aber die Entscheidung hat darüber hinausgehend sich ganz allgemein zu der Frage des doppelten Stillgeldes geäußert. Sie hat ausdrücklich Bezug genommen auf die Reichsversicherungsordnung und zwar auf die Begründung des Entwurfs zu § 213, in der gesagt wird, daß die Krankenkassen, die sich in günstiger Vermögenslage befinden, sich auf dem wichtigen Gebiet der Säuglingsfürsorge in zweifacher Weise betätigen sollen. In der Säuglingsfürsorge ist aber die zweckdienlichste und ausreichende Ernährung des Säuglings von besonderer Wichtigkeit. Das Stillgeld insbesondere soll die Mutter durch geeignete Ernährungsweise in den Stand setzen, den Säugling selbst zu stillen, da die Muttermilch anerkanntermaßen die beste Ernährung für den Säugling ist. Bei Mehrlingsgeburten werde zur Erzeugung einer möglichst großen Milchmenge eine besonders reichhaltige und zweckdienlichste Ernährung der Mutter erforderlich sein. Wenn sie trotzdem nicht ausreicht, werde die Zuführung einer ergänzenden anderweitigen guten Säuglingsernährung notwendig bleiben. Es entspräche daher dem Wesen und Zweck der Säuglingsfürsorge, daß in solchen Fällen das Stillgeld entsprechend der Anzahl der Säuglinge erhöht werde. Demgegenüber könne auch der Wortlaut des § 200 der RVO., wonach die Zahlung ein Stillgeld bis zur Höhe des halben Krankengeldes zulässige könne, nicht ausschlaggebend in Betracht kommen. Es lasse sich auch nicht entgegenhalten, daß bei doppelter Gewährung des Stillgeldes eine zu starke Belastung der Krankenkassen eintrete, denn abgesehen von der verhältnismäßigen Seltenheit der Zwillinggeburten haben es die Krankenkassen in der Hand, da es sich um eine Mehrlingsgeburt handelt, durch eine ausdrückliche Bestimmung in der Satzung die Gewährung des doppelten Stillgeldes bei Zwillinggeburten auszuschließen.

Diese Ausführungen können gar keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß das Reichsversicherungsamt grundsätzlich auf dem Stand-

punkt steht, daß in den Fällen, wo die Kassen Stillgeld gewähren, und wo ihre Satzung nicht ausdrücklich bei Mehrgeburten die Gewährung höheren Stillgeldes ausschließen, Stillgeld für jedes der geborenen Kinder zu zahlen ist.

Ergänzung des Knappschafts-Kriegsgesetzes.

Seit Kriegsbeginn hat der preussische Landtag bereits zwei Gesetze auf dem Gebiete des Knappschaftswesens verabschiedet. Das erste, das sogenannte Knappschafts-Kriegsgesetz vom 26. März 1915 regelt die Aufrechterhaltung der Ansprüche der Mitglieder der Knappschaftsvereine an diese während des Krieges, schreibt die Anrechnung der in Kriegs-, Sanitäts- oder ähnlichen Diensten verbrachten Zeit sowie der auf die Entlassung aus diesen Diensten folgenden zwei Monate auf die Wartezeit und auf das Dienstalter vor, unterlegt die Anrechnung der Militärpensionen, die aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges gezahlt werden, auf die Invalidenpensionen der Knappschaftsvereine und befreit die Geltungsdauer aller dieser Bestimmungen nicht nur auf den Krieg, sondern auch auf die Zeit aus, in der Knappschaftsmitglieder zu einer Wehrung vor der Mobilmachung einberufen waren, aber nicht mehr zur Arbeit zurückkehren konnten, sondern im Anschluß daran Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste verrichtet haben. Das zweite Gesetz vervollständigt das Knappschafts-Kriegsgesetz dahin, daß nicht nur die Anrechnung von Militärpensionen auf Invalidenpensionen der Knappschaftsvereine, sondern auch die von Militärunterbliebenengeldern, die aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges gezahlt werden, auf die Pensionen der Witwen und die Beihilfen zur Erziehung der Kinder unterliegt ist. Es regelt weiter die Angelegenheiten der im Kriege verstorbenen Mitglieder und trifft endlich Bestimmungen über die Wahlperioden der Knappschaftskassen und der Vorstandsglieder der Knappschaftsvereine während des Krieges.

Nachdem bereits während der Beratung des Landtages über die Knappschafts-Kriegsgesetze seitens des Vorstandes des Verbandes der katholischen Arbeitervereine wesentliche Erweiterungen verlangt waren, die zum Teil auch berücksichtigt worden sind, hat sich der Verband nunmehr mit einer neuen Eingabe an das Abgeordnetenhaus gewandt, worin u. a. eine Bestimmung dahin verlangt wird, daß die einberufenen Vergleiche während der Zeit ihrer militärischen Dienstleistungen auch wirklich Mitglieder der Pensionsklassen bleiben und daß auch den Hinterbliebenen solcher im Kriege gefallener oder im Kriegsdienst verstorbenen Knappschaftsmitglieder, die vor Ausbruch des Krieges zum Militärdienst eingezogen wurden und keine Anerkennungsgeldern bezahlten, die Hinterbliebenenzulagen gewährt werden. Nach eingehenden Beratungen hat die Handels- und Gewerbekommission beschlossen, die Petition der Regierung zur Ermäßigung zu überweisen und die Regierung gleichzeitig zu ersuchen, tunlichst und zwar baldmöglichst dem Abgeordnetenhaus eine Denkschrift über die mit dem Knappschafts-Kriegsgesetz und in deren Ergänzung mit der Durchführung der Petition voraussichtlich verbundene finanzielle Belastung der Knappschaftspensionsklassen vorzulegen.

Arbeitsmarkt im Monat November.

Im Monat November zeigte sich, was wohl auf die erhöhte Geschäftstätigkeit kurz vor Weihnachten zurückzuführen sein wird, ein Arbeitermangel in Berlin. Auf 100 offene Stellen entfielen nur 82 Arbeitsuchende gegen 101 im Vorjahre und 85 im Monat Oktober. Bei den Frauen war namentlich Nachfrage nach Schweißerinnen. In den Krankenkassen Berlins stiegen die Mitgliederzahlen der Frauen im November um rund 11 000, während sich die der Männer um 4000 verringerten.

In der dritten Dezemberwoche war das Bild ein anderes. Bei 234 Berliner Krankenkassen, nahm die Zahl der versicherten Arbeiter um 2479 zu, während die der Arbeiterinnen um 452 sank. Von den 1 192 045 versicherungspflichtigen Mitgliedern, die diese Kassen am 23. Dezember 1916 hatten, waren 478 079 Arbeiter und 716 966 Arbeiterinnen.

Berichtszeitung.

Ein Taubstummer auf der Anlagebau.

Am Abend des 27. Juni 1916, an dem Tage, an dem gegen den Genossen Dr. Karl Liebnecht zum erstenmal vor dem Kriegsgericht verhandelt wurde, fanden bekanntlich in verschiedenen Stadtteilen Demonstrationen statt. Gegen 10 Uhr abends passierte der 20-jährige taubstumme Schutzmachergehilfe Stephan Göbel die Alte Schönhauser StraÙe. An der Ecke der Lindenstraße waren aus Anlaß der erwähnten Demonstration mehrere tausend Menschen versammelt, so daß Göbel nicht weiter gehen konnte. Schutzmann Weiß forderte ihn zum Weitergehen auf. Göbel vermochte dieser Aufforderung nicht Folge zu leisten, verlor auch die Aufforderung nicht. Der Schutzmann schlug darauf den Taubstummen mit dem Säbel über den Kopf, so daß er an der Stirn heftig blutete. Wiederholt zum Weitergehen aufgefordert, klammerte sich G. an den Arm des Schutzmannes, so daß dieser, wie er als Zeuge auslegte, „an der Ausübung seines Amtes behindert“ war. Er führte deshalb den jungen Mann, dessen Gebahren er zu spät wahrnahm, zur Polizeiwache. Göbel wurde auf einige Wochen in Schutzhaft genommen und hatte sich Mittwoch vor der dritten Strafkammer des Landgerichts Berlin wegen Teilnahme an einer Zusammenrottung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und unbedingten Bauschuldens zu verantworten. Er erklärte durch den Mund der gerichtlichen Dolmetscherin für Taubstummen-Gebarden-sprache, er sei weder Sozialdemokrat, noch wisse er, wer Liebnecht ist. Er habe auch keine Ahnung davon gehabt, daß er in eine Demonstrationenmenge geraten sei. Der Aufforderung des Schutzmannes vermochte er wegen der Menschenmenge nicht Folge zu leisten, und er habe, nachdem ihn der Schutzmann geschlagen, sich nur dessen Kummer ansehen wollen. — Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Gerichtsassessor Dr. Goly, ließ die Anklage wegen der Zusammenrottung fallen und beantragte wegen der beiden anderen Vergehen zehn Tage Gefängnis. — Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Cohnmann plädierte für Freisprechung, da dem Angeklagten offenbar, wenn er eine strafbare Handlung begangen haben sollte, das Bewußtsein der Strafbarkeit gefehlt habe. — Der Gerichtshof erkannte aus den vom Verteidiger angeführten Gründen auf Freisprechung.

Verkehr mit Kriegsgefangenen. Frau B. in Hagen arbeitete in einem gewerblichen Betrieb mit einem Kriegsgefangenen zusammen in demselben Raum. Der Wächter beobachtete durch ein Loch, daß sich Frau B. von dem Kriegsgefangenen unarmen und lässig ließ, nachdem sie ihn zu sich herangewinkt hatte. Auch sonst deutete das Verhalten des Gefangenen gegenüber der Arbeiterin auf ein intimeres Verhältnis. Die Strafkammer in Hagen verurteilte Frau B. auf Grund des § 9b des Belagerungsgesetzes zu einer Gefängnisstrafe von 6 Wochen. Es wurde eine Uebertretung der Anordnung des kommandierenden Generals des 7. Armeekorps angenommen, welche jeden schriftlichen oder mündlichen, unmittelbaren oder mittelbaren Verkehr mit Kriegsgefangenen verbietet, soweit er nicht ausdrücklich zugelassen wird. Die Verurteilte legte Revision beim Kammergericht ein und ihr Vertreter machte folgendes geltend: Ein solcher Fall, wie hier, werde nicht durch die Verordnung getroffen. Seit Monaten hätten die Angeklagte und der Gefangene in dem Betriebsraum Hand in Hand gearbeitet. Für das Zusammenarbeiten habe die Genehmigung vorgelegen. Somit könne nicht davon die Rede sein, daß die Angeklagte nicht berechtigt gewesen wäre, mit dem Kriegsgefangenen zu verkehren. Ein mündlicher mittelbarer und unmittelbarer Verkehr sei hier gestattet gewesen. — Das Kammergericht verwarf jedoch die Revision der Angeklagten mit der Begründung: Die Anordnung des kommandierenden Generals bringe zum Ausdruck, daß jeglicher, nicht zur Sache gehöriger Verkehr zwischen Privatpersonen und Kriegsgefangenen verboten sei. Dagegen habe sich die Angeklagte groblich vergangen. Sie sei darum mit Recht bestraft worden.

Der Ausgang des Jahres 1916.

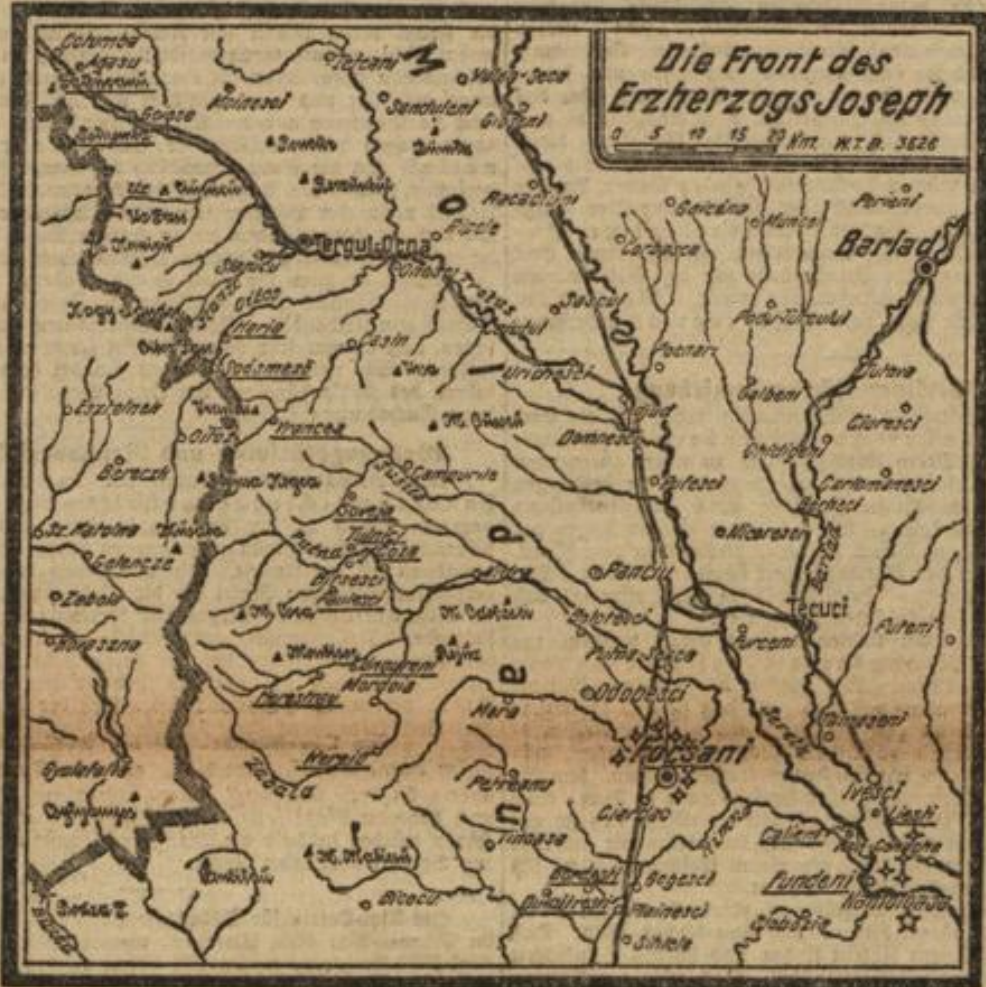
Von Richard Gädle.

Die Woche zwischen Weihnachten und Neujahr hat nirgends Veränderungen der kriegerischen Lage gebracht. Auf dem Balkan wie auf dem westlichen Kriegstheater herrscht die gleiche Ruhe...

Nur im Südbosien auf dem rumänischen Kriegsschauplatz herrschte lebhaftere Bewegung; die Ausmaße des dort geführten Bewegungskrieges sind sogar zusehends größere geworden.

größten Gewalt feigeren und sie auch im Oktober in immer wiederholten wilden Stößen durchzuführen. So suchten sie einerseits unsere Front zu durchbrechen und zugleich die Verstärkung unserer Kräfte im Südbosien zu verhindern.

Man darf nicht sagen, daß unsere verbündeten Gegner nicht ungeheure Anstrengungen gemacht hätten, um den Eintritt Ru-



durchbrochen, und auch die Donauarmee hatte südlich des unteren Dugeusflusses mehrere stark verschanzte Ortschaften dem Gegner entziffen. Am folgenden Tage wurde der Sieg vervollständigt.

Die deutsche Verfolgung setzte am nächsten Tage sofort ein und führte zu fortwährenden starken Gefechten, da die feindlichen Truppen sich immer wieder zu sehen suchten.

Indem die Russen in breiter Front mehr und mehr gegen die besetzte Serbien zurückgeworfen werden, endet das Jahr 1916 auf diesem Kriegsschauplatz mit günstigen Aussichten für die Zukunft.

manens in den Weltkrieg zum entscheidenden Ereignis zu gestalten. Sie haben den neuen Genossen ihrer Eroberungspläne nicht kalt-

Der Hauptgrund, an dem die gewaltigen und gemeinschaftlichen Angriffe unserer überlegenen Gegner gescheitert sind, ist doch der unabweisliche Opfermut des deutschen Kriegers, der unter schwierigsten Verhältnissen, in unerschütterlicher Standhaftigkeit aushielt und dort, wo seine Führer ihn zum Angriffe einsetzten,

Die augenblickliche Ruhe an dem größten Teil unserer Fronten darf uns aber über die Ansichten unserer Gegner nicht täuschen. Wenn sie jedoch in schroffer Form unser Friedensangebot zurück-

Darum ist die Kampfpause am Jahresende in Welt und Ost, im Südwesten und Süden, nur eine vorübergehende Erscheinung, die mit dem Augenblicke ein Ende nehmen wird.

Politische Uebersicht.

Wozu?

Die Konferenz der Parteiposition, die für den 7. Januar angefangen ist, könnte nur dann einen Wert haben, wenn sie beschließen wollte, den Meinungskampf in der Partei auf das zuträglichste, auch in Friedenszeiten übliche Maß zu beschränken.

Die Parteimehrheit hat mit ihrer Friedensarbeit erreicht, was zu erreichen war. Ob dieses Ergebnis früher erzielt werden konnte, ob es vielleicht noch günstiger zu gestalten war, wenn die Partei die Methoden der Minderheit an-

Da kein Grund zu übermäßig scharfen Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der nächsten Zukunft mehr besteht, bliebe nur noch die Parteierklärung als Selbstzweck.

Solche Verirrungen kann man bedauern, aber man wird ihre Bedeutung für die Zukunft der deutschen Sozialdemokratie nicht mehr zu überschätzen geneigt sein.

Herr v. Graefe knirscht.

In der „Mecklenburgischen Warte“ schreibt der konserverbaltige Reichstagsabgeordnete v. Graefe-Galbebecke:

„In der letzten Hälfte“ flammte jedes deutsche Herz schon längst auf Grund der treuen Ablehnungen der Feinde, — aber „flammt es“ noch immer nicht in der Wilhelmstraße zu Berlin? ...

Aus dem Artikel geht hervor, daß Herr v. Graefe sehr aufgeregt ist. Es wird aber nicht klar, was er eigentlich will.

Der Berliner Freisinn für „Gebietsverweiterungen“.

Die Fortschrittspartei für Groß-Berlin hielt am Mittwoch eine außerordentliche Sitzung ab, in der nach einem Referat des Abg. Biemer folgende Entschlüsse angenommen wurden:

Der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei für Groß-Berlin spricht der Reichsleitung warmen Dank für die hochherzige und tatkräftige Förderung des Friedensangebotes der Mittel-

Er gibt lebhafteste Entrüstung kund über die mit nichtigen Vorwänden begründete Ablehnung des Angebotes durch die alliierten Regierungen der feindlichen Mächte und legt insbesondere scharfste Verwahrung ein gegen die leichtfertige Unterstellung, daß der Beschlag der Mittelmächte nur ein Kriegsmanöver, ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung sei.

Der Parteitag gibt der festen Zuversicht Ausdruck, daß die Ablehnung des Friedensangebotes das deutsche Volk in dem Entschluß bestärken wird, in den Kämpfen an der Front wie bei den Arbeiten in der Heimat die volle Kraft bis zum letzten Hauche einzusetzen und ohne Wanken einzusetzen zur Erreichung eines Friedens, der das Reich durch militärische und wirtschaftliche Maßnahmen wie durch notwendige Gebietsverweiterungen für die Zukunft sichert und für den friedlichen Wettbewerb der Völker Bedingungen schafft, die in der Heimat wie auf dem freien Weltmarkt die Entfaltung aller Kräfte des deutschen Volkes gewährleisten.

Die Berliner Fortschrittler haben nicht gesagt, welche Gebietsverweiterungen sie wollen. Vielleicht lassen sie noch darüber mit sich reden.

- Der Bundesrat stimmte gestern folgenden Vorlagen zu: a) über den Verkehr mit Schußwaffen, Schloßschloßern usw.; b) Entwurfe von Bekanntmachungen, betreffend Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnort haben, sowie betreffend die Fristen des Beschl. und Scheidungsrechts für Ehegatten;

o) Vorlage betreffend Bereitstellung von Reichsmitteln für die Monate Januar, Februar, März 1917, zur Unterstützung der Gemeinden und Gemeindeverbände auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege.

Aufhebung der Arreststrafe als Disziplinarstrafe.

Dem preussischen Abgeordnetenhause ist von nationalliberaler Seite ein in Form eines Gesetzesentwurfes gefasster Initiativantrag zugegangen, wonach alle gesetzlichen Bestimmungen, welche die Befreiung der Arreststrafe als zulässiges Disziplinarstrafemittel gegen untere Beamte der Staats- und Gemeindebehörden innerhalb der Monarchie vorsehen, aufgehoben werden sollen. — Mit der gleichen Frage hat sich der Landtag schon seit Jahren beschäftigt; es sind auch wiederholt entsprechende Beschlüsse vom Abgeordnetenhause gefasst worden, denen aber die Regierung bisher noch keine Folge gegeben hat. Wäre es jetzt nicht vielleicht doch Zeit?

Neuregelung der Milchpreise in Sicht. Auf eine Eingabe der Konsumierendenverbände der Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf an das Kriegsernährungsamt, in der um eine einheitliche Festsetzung von Milchpreisen ersucht wird, antwortete Präsident v. Batocki u. a.:

Für einen großen Teil der preussischen Monarchie wird vermuthlich in Kürze eine neue gesetzliche Regelung der Preise erfolgen. Die von der Neuregelung betroffenen Teile umfassen ein großes geschlossenes Wirtschaftsgebiet mit einigermaßen gleichliegenden wirtschaftlichen Verhältnissen. Die westlichen Bezirke der Monarchie werden von dieser Neuregelung nicht erfaßt. Es darf aber erwartet werden, daß die erwähnte Neuregelung auch auf die westlichen Bezirke nicht ohne Einfluß bleibt und das Problem einer Festsetzung von Milchpreisen in diesen westlichen Gebieten günstig beeinflußt werden. Ich werde veranlassen, daß die beteiligten Stellen dieser Angelegenheit ihre ganz besondere Aufmerksamkeit widmen.

Aus Groß-Berlin.

Die Lebensmittelversorgung der Städte.

Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat gestern zu Bericht über die Organisation unserer Lebensmittelversorgung. Den sozialdemokratischen Antrag, der dazu den Anlaß gab, begründete Genosse Wurm in einer die Lebensmittelpolitik des Reiches scharf beleuchtenden Rede. Er zeigte die ungerechtfertigte Bevorzugung des Landes gegenüber den Städten, die dort betriebene wucherische Zurückhaltung der Lebensmittel und die vollständige Verantwortlichkeit der Städte, denen man obendrein die Verantwortung für die Mißstände zuschieben möchte. Dem Urteil, daß der sozialdemokratische Redner über das System Batocki fällte, stimmten die freisinnigen Fraktionen durch ihre Redner Levy und Kuhlmann und auch der Oberbürgermeister Wermuth rückhaltlos zu. Der Magistrat wird die Grundgedanken des sozialdemokratischen Antrages, der eine gleichmäßigere Verteilung der Lebensmittel auf Land und Stadt fordert, sowie eines freisinnigen Antrages zur Lebensmittelversorgung sich zu eigen machen. Beide Anträge wurden einstimmig angenommen.

Arbeiter und Nachtverkehr.

Die Behörden besaßen sich immer noch mit Feststellungen nach balltrichterartiger Art, statt gleich nach den ungeheuerlichen Begebenheiten der ersten und zweiten Nacht der Verkehrsbeschränkungen sofort Änderungen vorzunehmen. Eine Korrespondenz, die in nahen Beziehungen zum Verband Groß-Berlin steht, behauptet über die Nacht zum Donnerstag folgendes: „Trotz der gewiß noch immer bestehenden Schwierigkeiten, wozu das schlechte Wetter das seinige beiträgt, war der Stoffverkehr im Innern Berlins gegen 12 Uhr abgewickelt. Unbefördert ist, soweit die amtlichen Beobachtungen der Behörden und Straßenbahn-Gesellschaften ergeben haben, überhaupt niemand geblieben.“

Damit vergleiche man die auf umfassende Erhebungen begründeten Angaben der Berliner Gewerkschaftskommission, die am gestrigen Donnerstag an das Polizeipräsidium in die Hände des Oberregierungsrats Hofmann folgendes Schreiben gesandt hat:

Zu unserer Eingabe vom 18. Dezember 1916 erlauben wir uns beiliegend die Betriebe anzugeben, in denen der Schichtwechsel in solche Zeit fällt, daß die beschäftigten Arbeiter nachts nicht mehr ihre Wohnungen erreichen können. Im übrigen bebauern wir, daß wir zu unserer Feststellung bei Ihnen nicht geladen worden sind. Wir müssen annehmen, daß die Vertreter der Arbeiter nicht als in Betracht kommende Faktoren angesehen werden. Wir erlauben uns unsere Eingabe noch einmal beizufügen. Hochachtungsvoll Ausschuh der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Die Kundfrage erstreckt sich auf 40 Betriebe, bei denen mehr als 58 000 Personen ihre Wohnungen nachts gar nicht oder doch nur sehr schwer erreichen können. Es handelt sich durchweg um Betriebe der Metallindustrie, die für wichtigen Seeresbedarf tätig sind. Diese 58 000 Personen sind aber nur ein geringer Teil der großen in Betracht kommenden Gesamtzahl von Arbeitern, zu denen noch unzählige Angehörige aller möglichen anderen Berufe hinzugerechnet werden müssen.

Das „Berl. Tagebl.“ berichtet am Donnerstagabend: „Auch in der letzten Nacht kam es infolge der polizeilichen Verkehrsbeschränkungen fast auf allen Straßenbahnlinien zu wüsten Szenen. Tausende und aber Tausende von Nachtarbeitern, die die Verkehrsgelegenheiten benutzen wollten, mußten wieder in Sturm und strömendem Regen stundenweite Wege nach Hause zu Fuß zurücklegen. Die wenigen, die noch unter förmlicher Lebensgefahr eine Fahrgelegenheit erreichen konnten, haben sich die Plätze in den Wägen im wahren Sinne des Wortes erkämpfen müssen.“ Das Blatt wundert sich, daß noch keine Katastrophe eingetreten sei. Die Stadtbahnzüge nach Spandau beispielsweise sind dermaßen überfüllt, daß die Türen nicht mehr geschlossen werden können. Die Arbeiter springen bei Abfahrt des Zuges noch auf die Trittbretter und Pokomotiven, um noch mit dem letzten Abendzuge nach Hause zu gelangen. In der elektrischen Straßenbahn einen Platz zu erhalten, ist nur noch Sache der Gewalt. Anstatt wie vorgeschrieben, etwa 30 Personen aufzunehmen, zählen viele Wägen 70 bis 80 Fahrgäste. Es hat bereits eine große Anzahl von Arbeitern erklärt, sich diese Zustände nicht mehr gefallen zu lassen.

Der Magistrat von Charlottenburg hat gemeinsam mit dem Zweckverband mit der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn verhandelt, und ihm ist dabei die Zusage gegeben worden, daß für die glatte Abwicklung des Berufsverkehrs „unter allen Umständen“ Sorge getragen wird. Der Magistrat wird darauf achten, daß die Rückfahrt

der außerhalb Charlottenburgs beschäftigten Bürger unter allen Umständen ermöglicht wird.

Der Magistrat Wilmersdorf hat an den Polizeipräsidenten von Berlin das dringende Ersuchen gerichtet, die Einschränkungen der Straßenbahnfahrpläne den berechtigten Bedürfnissen des Nachtverkehrs anzupassen; die Erfahrungen hätten gezeigt, daß schwere Unzuträglichkeiten bei dieser Regelung sich ergeben hätten, und daß diese unbedingt baldmöglichst abgestellt werden müßten.

Im Polizeipräsidium fand gestern eine Sitzung von Vertretern der Aufsichtsbahnen und der beteiligten Verkehrsbetriebe statt, in der über die Mißstände im Groß-Berliner Verkehrsweesen beraten wurde.

Die Folgen der durch die ungelagerte Anordnung der Behörde herbeigeführten Zustände machten sich gestern auch im Tagesverkehr bemerkbar. Morgens fehlten viele Straßenbahnangestellte, so daß etwa fünfzig Wagen nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht fahren konnten. Zahlreiche Leute warteten vergebens auf Fahrgelegenheit. Das weibliche Personal erklärt zum Teil, den Anstrengungen des Dienstes, den Unbilden der Witterung und nicht zuletzt den Aufregungen der heraufbeschworenen nächtlichen Tumultszüge nicht gewachsen zu sein.

Neue Verkehrsverbindungen zwischen Groß-Berlin und Spandau.

Die Verbesserung des Verkehrs zwischen Groß-Berlin und Spandau soll jetzt verwirklicht werden. Die gegenwärtigen Verkehrsmittel reichen schon seit langem nicht aus, um das stark wachsende Heer der in Spandau beschäftigten Arbeiter zu und von ihnen im engeren Groß-Berlin belegenen Wohnstätten zu befördern. Es ist daher beabsichtigt, einmal die Hochbahnzüge bis zum Stadion durchzuführen und von dort aus die Fahrpläne mit der zum Stadion heranzuführenden Spandauer Straßenbahn weiter nach Spandau zu befördern, zum andern vom Konnenndamm aus eine unmittelbare Verbindung vom Bahnhof Jungfernheide nach Spandau zu schaffen und ferner die Straßenbahnlinien vom Spandauer See aus über das jetzige Endziel hinaus ohne Umfahrungen nach Spandau zu verlängern. Die Verhandlungen über die endgültige Gestaltung dieser Verbindungen sind noch im Gange. Um jedoch wenigstens eine Verbindung sobald wie möglich in Betrieb setzen zu können, hat der Verband Groß-Berlin vorbehaltlich der Zustimmung der maßgebenden Verkehrsorgane zunächst eine vorläufige Zustimmung zum Beginn der Bauarbeiten am Spandauer See zur Verbindung der Spandauer Straßenbahn mit den Gleisanlagen der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn erteilt. Man hofft den Betrieb auf dieser Strecke schon vom 1. Februar '17 aufnehmen zu können.

Aus der Berliner Fürsorgeerziehung.

An einem der Sonntage vor Weihnachten haben wir die Berliner Erziehungsanstalt zu Lichtenberg im Festtagsbesuch. Sie hatte die Eltern ihrer Zöglinge zu einem anregenden Unterhaltungabend verammelt und zeigte zugleich die Leistungen der in ihren Werkstätten tätigen Zöglinge durch eine Ausstellung recht hübscher Lebrlingsarbeiten. Wir haben vor einigen Tagen der Anstalt einen nodunmöglichen Besuch gemacht, diesmal zu dem Zweck, sie und ihre Jungen bei der Werkstattdarbeit kennen zu lernen. Der Eindruck, den wir empfingen, bekräftigt uns in der Hoffnung, daß dieses Erziehungsheim jetzt in guten Händen ist.

Manches ist da draußen in neuerer Zeit getan worden, um die Fürsorgeerziehungsarbeit auf eine andere Grundlage zu stellen. Wir dürfen der Berliner Waisenverwaltung nicht die Anerkennung verweigern, daß sie aus schätzbaren Erfahrungen heilsame Lehren zu ziehen versucht und Unterlassungsünden gut zu machen sich bemüht hat. Nach dem Entgegenen, was man in dem Fürsorgeheim Lichtberg heute erleben mußte, kam die Reform des Berliner Fürsorgeerziehungswesens rasch in Fluß. Auch Lichtbergs eigene Anstalt zu Lichtenberg hatte es nötig, daß sie mit eierneuem Eifer ausgelegt wurde. Das Ergebnis sehen wir nun: Sie hat aus einer Bewahrungsanstalt, die einem Gefängnis gleich, sich in ein wirkliches Fürsorgeheim umgewandelt.

Die Anstalt, die wir unter Führung ihres Direktors Kake besichtigten, bietet in ihrem Innern ein freundliches Bild. Daß Licht und Luft ungehinderten Zutritt finden und überall Reinlichkeit und Ordnung herrscht, ist selbstverständlich. Doch über dem Kräftigen und Mächtigen wird auch das Schöne nicht vergessen. Anheimelnd wirkt der Wandbesatz, der in den Wohnsälen reichlich angebracht ist und sogar in den Schlafsälen nicht fehlt. Die Jungen selber und auch ehemalige Zöglinge haben manches beigebracht, die Räume zu schmücken. Je ein Wohnsaal nebst Schlafträumen und Zubehör gehört einer der fünf „Familien“, in die man die Gesamtheit der Zöglinge eingeteilt hat. In den Familien sind Knaben und Mädchen aller Altersklassen vereinigt. Jede Familie hat ihr Oberhaupt in einem Hausvater, der aus den Erziehern genommen wird. Ihn unterstützt der Sozialbetreuer, ein älterer und zuverlässiger Zögling aus der Familie. Hier in den Wohnsälen genießen die Zöglinge ihre Erholungsstunden, wenn nicht das Wetter sie zum Spiel auf den Hof hinauslockt.

Einen Teil des Tages bringen die Zöglinge in den Werkstätten zu. Das Erziehungsheim Lichtberg nimmt nur Knaben auf, die schon aus der Schule entlassen sind. Für sie ist Arbeit ein wirksames Erziehungsmittel, nicht zweifelhafte Beschäftigung, sondern schaffende Tätigkeit, die dem Zögling zur Freude wird. In Werkstätten für Tischlerei, Schuhmacherei, Schneiderei, Buchbinderei, Korbmacherei, Buchdruckerei erhalten die Zöglinge unter Leitung von Handwerkermeistern eine Vorbildung, um später außerhalb der Anstalt zu einem Meister in Familienpflege gegeben werden zu können. Wenn sie für Familienunterbringung sich nicht eignen, bleiben sie in der Anstalt und werden in ihr vollständig ausgebildet. Bearbeitet wird hauptsächlich für den eigenen Bedarf des Erziehungsheimes, so daß die Zöglinge sehen, wie die Erzeugnisse ihres Fleißes verwendet werden. Dabei liefern die Werkstätten auch für andere Anstalten der Stadt. Zur Unterweisung in leichten Garten- und Landarbeiten, die mandem schwächlichen Jungen ein Kräftigungsmittel sind, bietet sich Gelegenheit auf dem zu der Anstalt gehörenden Gelände. — Wichtigere als dieser Rahmen, in dem das Anstaltsleben sich abspielt, ist

der die Anstalt erfüllende Geist.

Wir glauben, daß besonders hierin das Erziehungsheim Lichtberg gegenüber den früheren Zuständen eine erfreuliche Wandlung zum Besseren durchgeführt hat. Einzelheiten aus den jetzt dort geltenden Erziehungsgrundsätzen hier wiederzugeben, wollen wir uns verweigern. Es widerspricht uns, ins Licht der Öffentlichkeit die still geleistete Erziehungsarbeit zu zerren, die unauffällig bleiben will und muß. Für die Anstalt wie für ihre Zöglinge ist es ein ehrendes Zeugnis, daß Direktor Kake zu Weihnachten wagen konnte, 165 Zöglinge nach Hause zu beurlauben.

Zu den wertvollsten Einrichtungen des Erziehungsheimes Lichtberg gehört die Verteilungsstelle für die Reuaufgenommenen, über deren Unterbringung erst noch entschieden werden soll. Ob ein Zögling sich für Unterbringung in einer Anstalt oder in einer Familie eignet, darüber kann man nur nach längerer Beobachtung ein Urteil fällen. Dabei spricht dann auch der Arzt mit, der über die Haupt in Lichtenberg ständig zu Kake gezogen wird und auch zur Beobachtung des geistigen Zustandes von Zöglingen leider oft nötig ist. Die Verteilungsstelle schafft die Möglichkeit einer Sondersonderung der Zöglinge, einer ihre Eigenart berücksichtigenden Behandlung, wie sie so oft als Vorbedingung erfolgreicher Fürsorgeerziehungsarbeit gefordert worden ist. In den Räumen der Verteilungsstelle, die übrigens von denen des Erziehungsheimes getrennt sind, berührt uns die

Freundlichkeit der Ausstattung, besonders angenehm. Auch für Erziehungsanstalten gilt der Satz, daß der erste Eindruck oft ein bleibender ist.

Stille der Beziehungen zwischen Anstalt und Familie ist jetzt in Lichtenberg etwas Selbstverständliches. Wir haben in der Hütte, mit der manche Anstalten die Eltern zurückstößt, jetzt ein schweres Hindernis des Erfolges der Fürsorgeerziehung gesehen. Voraussetzung ist natürlich, daß Eltern sich gegenüber der Anstalt nicht unverständlich zeigen. Direktor Kake hält in jeder Woche an zwei Tagen seine Elternvisiten ab. Sie gewähren nicht nur ihm manchen Einblick in die Seele der Eltern seiner Zöglinge, sondern geben auch den Eltern manchen Aufschluß über Fragen der Erziehung.

Das hat er jetzt nicht nötig!

In dem Verhältnis zwischen Händlern und Käufern hat sich in der Kriegszeit vieles geändert. Während sonst der Händler von Gunst und Laune des Käufers abhing, steht jetzt der Käufer sich dem Händler auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Besonders im Handel mit Nahrungsmitteln hat man infolge der Knappheit an Waren und des Zubrönges der Kaufkraft manches erlebt, was früher wohl niemand für möglich gehalten hätte. Seit einiger Zeit herrscht nun auch Kohlenknappheit, so daß die Kundenkolonnen jetzt auch vor Kohlengeheimnissen zu beobachten sind. Offenlich kommt es nicht dahin, daß die Kohlenhändler ihre guten Sitten im Verkehr mit der Kundschaft durch die bösen Beispiele jener oben gekennzeichneten Nahrungsmittelhändler verderben lassen.

Ein Kohlenhändler in einem südwestlichen Vorort hat sich allerdings schon ein Stücklein gekümmert, das geeignet ist, solche Verfehlungen zu wecken. Aus der benachbarten Kolonie Grünwald kam zu ihm eine Frau herüber, die bisher noch nicht in seinem Geschäft gekauft hatte, und sie bestellte bei ihm Kohle und Koks mit der Bedingung, daß die Ware ins Haus zu liefern sei. Der Händler nahm den Auftrag an, fuhr auch bald mit einem Bogen vor und trug zusammen mit seinem Sohn das Feuerungsmaterial hinauf nach der eine Treppe hoch gelegenen Wohnung. Nebenbei bemerkt: die Frau, deren Mann seit Kriegsausbruch im Seeresdienst ist, wohnt nicht in einer Grünwaldvilla, sondern in einem kleinen und bescheidenen Hofgebäude. Als der Kohlenhändler vor der Wohnung angelangt war und — so schildert uns die Frau den Vorgang — nun die Lieferung noch ein Stück weiter hinauf nach einem Lageraum tragen sollte, erklärte er: „Das habe ich jetzt nicht nötig.“ Da die Frau schwachlich ist, konnte sie sich nicht darauf verlassen, selber die Last hinaufzuschleppen. Nach kurzem Wortwechsel nahm der Händler seine Ware wieder auf den Wudel und zog mit ihr davon, indem er zu seinem Sohn, die Treppe hinabsteigend, räsonnierte: „Inferen Deed werden wir auch so los.“

Genau, er wird ihn auch so los werden. Darum braucht ja ein Kohlenhändler jetzt ebensowenig Sorge zu haben wie der Nahrungsmittelhändler. Solche Leute sollten sich aber gefogt sein lassen, daß sie mal sehr böse anlaufen könnten, wenn sie es zu arg inszenieren. Wir nehmen an, daß es sich bei dem geschilderten Verfahren des Kohlenhändlers um einen Einzelfall handelt. Möge es keine Nachahmung finden.

Wohnungsfürsorge und Reichsversicherungsamt.

Das Reichsversicherungsamt hat an die ihm unterstellten Landesversicherungsanstalten einen Rundschreiben hinausgegeben, worin zu der Wohnungsfürsorge aus Mitteln der Versicherungsanstalten Stellung genommen wird. Das Reichsversicherungsamt ist der Ansicht, daß auf Grund des § 1274 der Reichsversicherungsordnung Mittel für die Wohnungsfürsorge zunächst nur in möglichem Umfang herbeigegeben werden sollten. Dieser zurückhaltenden Stellungnahme widerspreche es nicht, daß das Reichsversicherungsamt bisher bei der Kriegswohlfahrtspflege den Versicherungsanstalten die Ausgabe höherer Beträge nach § 1274 der R.V.O. bereitwillig gestattet habe. Bei der Frage der Beteiligung der Versicherungsanstalten an der Wohnungsfürsorge dürfe nicht außer acht gelassen werden, daß an der Erhaltung und Stärkung der Volkskraft durch umfassende Maßnahmen auf diesem Gebiete andere Stellen, wie Reich, Staat, Provinzen, Gemeinden usw. in noch höherem Maße als die Versicherungsanstalten beteiligt seien. Ihnen würden deshalb die Versicherungsanstalten hier unbedenklich den Vortritt überlassen können.

Im Nhl.-Berein für Obdachlose nächtigten im Monat Dezember im Männer-Nhl. 9030 Personen, wovon 2169 badeten, im Frauen-Nhl. 2729 Personen, wovon 578 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer und Frauen Wiesenstr. 55/59.

Besserung der Gesundheit gegen Weihnachten. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der Woche vor Weihnachten in vielen deutschen Städten gegen die Vorwoche gebessert, indem die Sterblichkeit zum Teil recht beträchtlich zurückgegangen ist. Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet betrug sie in Kachen 19,1, Altona 12,3, Augsburg 12,9, Berlin 12,0, Berlin-Lichtenberg 9,7, Berlin-Schöneberg 13,7, Berlin-Steglitz 7,0, Berlin-Wilmersdorf 10,6, Braunschweig 19,6, Bremen 15,9, Breslau 16,6, Charlottenburg 14,2, Chemnitz 15,3, Köln 16,5, Danzig 15,1, Dresden 14,7, Düsseldorf 13,2, Essen 11,8, Hamburg 11,4, Karlsruhe 16,1, Kiel 9,6, Königsberg 17,1, Lübeck 19,0, München 15,0, Neufußlin 8,2, Nürnberg 10,4, Spandau 15,2, Stettin 12,7, Wiesbaden 10,9.

Stadtverordnetenwahlen. Im 7., 8. und 14. Berliner Gemeindebezirk finden demnächst Stadtverordneten-Neuwahlen bezw. Ergänzwahlen statt. Die dritte Abteilung im 7. Bezirk wählt am Sonntag, den 28. Januar.

Postsendungen an Kriegsgefangene in Rußland. Die Aufschriften der Kriegsgefangenenadressen müssen genau, deutlich und mit großen lateinischen Buchstaben geschrieben sein. Der Bestimmungsort muß ebenfalls in lateinischer Schrift, besonders deutlich angegeben sein. Außer Vor- und Zunamen ist auch der Dienstgrad des Gefangenen, Unterbringungs-lager oder Lazarett und die frühere Truppenzugehörigkeit (Kompanie, Eskadron, Batterie und Regiment) anzugeben. Die Angabe größerer Einheiten (Regiment, Division, Armee) ist zwecklos und daher zu unterlassen. Die Postanstalten werden den Absendern auf Wunsch gern Rat und Hilfe bei der Anfertigung der Aufschriften erteilen. Derselben Aufgabe widmen sich die zahlreich verbreiteten Wohlfahrtsstellen für Kriegsgefangene, insbesondere auch die vom Roten Kreuz.

Unermittelte Seeresangehörige. Die 4. Nummer der Sonderliste: „Unermittelte Seeresangehörige, Nachlaß- und Fundachen“ ist am 29. Dezember als Beilage zur Deutschen Verlautbarung erschienen. Der Liste liegt auch diesmal eine Bildertafel bei, die außer den Photographien wieder einige besonders auffällige Nachlassachen wie Uhrketten, silberbeschlagene Zigarettenpfeife usw. bringt. Verbollständigt wird die Liste durch ein Namensverzeichnis von Gefallenen, deren Erben nicht zu ermitteln waren, sowie durch Mitteilungen über angefundene Gepäckstücke. — Die Liste ist zum Preise von 20 Pf. einschließlich Porto im Einzelverkauf von der Norddeutschen Buchdruckerei, Berlin, Wilhelmstr. 32, zu beziehen.

Eine Drahtseilbahn Berlin-Bagdad. Eine Drahtseilbahn von Berlin über Konstantinopel nach Bagdad hat Prof. Dr. E. v. Schmidt vorgeschlagen und einen Plan dafür dem Württembergischen Bezirksverein Deutscher Ingenieure in Stuttgart vorgelegt. Wegen seiner verhältnismäßig niedrigen Bau- und Betriebskosten und der großen Leistungsfähigkeit würde eine solche Bahn mit dem Seemweg erfolgreich konkurrieren können und einen von englischen Einflüssen unabhängigen Verkehrsweg nach Vorderasien schaffen. Ein ähnlicher Plan ist der des Direktors Klingner von Köln-Lindenthal. Es ist dies eine Mittelland-Großgüterbahn, die durch Stationsentfernungen

von mindestens 200 bis 250 Kilometer, durch Selbstabwägung und durch elektrischen Betrieb den Wettbewerb mit dem Seeweg aufnehmen soll.

Ein schweres Brandunglück hat sich am Donnerstag in dem Hause Annenstraße 21 zugetragen. Die dort wohnende Arbeiterin Reber wollte nachmittags die Petroleumlampe anzünden und stieß dabei um. Das Petroleum entzündete sich und ergoß sich über die K., deren Kleidung in wenigen Augenblicken lichterloh brannte. Laut um Hilfe rufend eilte die Bedienstete auf die Straße. Ein vorüberkommender Magistratsbeamter hatte die Geistesgegenwart, von einer in der Nähe haltenden Droßke eine wollene Decke herbeizubringen und mit dieser die Flammen zu erstickern. Die Arbeiterin hatte aber leider inzwischen so schwere Brandwunden davongetragen, daß sie in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus geschafft werden mußte. Dem braven Helfer wurde während des Rettungsvorganges der Regenschirm, den er an das Haus gelehnt hatte, gestohlen!

Sturz aus dem Fenster. Auf schreckliche Weise versuchte die neunzehnjährige Anna S. sich das Leben zu nehmen. Das junge Mädchen war in einer Villa in Pichelsdorf tätig und zeigte in der letzten Zeit ein schweres Verhalten. Als es Mittwochs allein zu Hause war, stürzte es sich aus einem Fenster des zweiten Stockwerkes auf die Straße hinab. Die Lebensmüde erlitt schwere äußere und innere Verletzungen und wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Spondauer Krankenhaus gebracht.

Der Mordversuch einer Krankenpflegerin, über den vor einigen Tagen berichtet wurde, ist jetzt zum Teil aufgeklärt. Im Dialysenbassin in der Genthiner Straße erschien eine Frau, die angab, daß sie in Breslau und dann hier in Berlin in der Krankenpflege tätig gewesen und augenblicklich ohne Beschäftigung sei. Sie versprach, ihre Ausweis-papiere über die bisherige Tätigkeit bald beibringen zu wollen, und erhielt daraufhin eine Nachtwache bei einer kranken Greisin in der Bülowstraße 67. Während die Kranke am nächsten Morgen noch schlief, stahl ihr die angegebliche Pflegerin, die sich Meta Stahr nannte, bares Geld und Nahrungsmittel. Sie öffnete dann die Garderobe, um einen Selbstmord der Bestohlenen vorzutäuschen und verschwand. Zum Glück erwachte die Kranke bald darauf und konnte selbst die Hänge wieder schließen. Wie die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, ist die gefährliche „Krankenpflegerin“ eine 40 Jahre alte aus Jallenberg im Kreis Reibe gebürtige gewerbmäßige Schwindlerin und Schloßfängerin, die Meta Stahr, die erst vor einigen Monaten das Gefängnis verlassen hatte. Sie stahl nach ihrer Freilassung sofort weiter und verschaffte sich zuletzt die Kleidung einer Krankenpflegerin. Von ihrem Verbleib nach dem versuchten Mord hat man noch keine Spur gefunden.

Schlecht bezahlte Gastfreundschaft. Die Villa des Apothekers Werner der Neue Mühle war von Spitzbuben wiederholt erbrochen worden. W. hatte deshalb einen Zettel angebracht mit der Bitte, nichts zu demolieren; Zigarren und Getränke seien zurückgelassen worden, damit auch ungebetene Gäste nicht umsonst arbeiten müßten. Bei einem Einbruch wurde nun der 30jährige Schlosser Melchert, der tadellos fleißig ist, festgenommen, während sein Genosse entkam. Er hatte einen Zettel zurückgelassen mit der Bemerkung, daß nicht jeder so gelassen sei wie der sündige W. Wenn er das vorher gewußt hätte, dann wäre der schöne Spiegel ganz gelieben. Melchert hatte tagelang in der Villa gehaust und die neue Wohnungseinrichtung zum größten Teil schon verschleppt. — Die freundliche Einladung hatte also wenig genügt.

Ein Weinstock und Lampion fanden sich in einer Plutimarkt, die eine Frau bei einem Fleischermeister in Noabit am 13. Dezember v. J. gekauft hatte. Die interessante Delikatesse wurde dem Zentralviehhof zur Untersuchung übergeben, von dem jedoch bis heute — also nach ungefähr drei Wochen — noch kein Bescheid ergangen ist.

Aus den Gemeinden.

Kundenlisten für den Kartoffelbezug.

Für Charlottenburg hat die Entragung in die Kundenliste für den Kartoffelbezug vom Montag, den 8. bis Donnerstag, den 11. Januar, zu erfolgen. Die Entragung erfolgt derart, daß sämtliche zu einem Haushalt gehörenden Kartoffelarten vorgelegt werden und der Kleinhandler die zu den Karten gehörenden Abschnitte an sich nimmt.

Die mit den Kartoffeln für längere Zeit versehenen Haushalte sind erst dann berechtigt sich einzutragen zu lassen, wenn ihre Vorräte nach den geltenden Vorschriften verbraucht sein dürfen.

Das Datum, von dem ab die Belieferung nach der neuen Liste erfolgt, ist noch nicht bekannt.

Für Neukölln muß die Anmeldung zum Kartoffelbezug bis zum Sonnabend, den 6. abends erfolgt sein. Bei der Anmeldung ist der Abschnitt P der Neuköllner Haushaltungsliste abzugeben. Den Anmeldeenden wird auf der Rückseite der von ihm für seinen Haushalt vorgelegten Kartoffelarten die Entragung in die Kundenliste bescheinigt. Auf Karten, die diesen Vermerk auf der Rückseite nicht tragen, dürfen Kartoffeln nicht abgegeben werden. Auch in Neukölln sind die Einwohner, die mit Kartoffeln versorgt sind, erst dann berechtigt sich anzumelden, wenn ihr Vorrat zu Ende sein darf.

Erfolg von Lebensmittelkarten in Neukölln. Der Erfolg von Lebensmittelkarten ist jetzt einheitlich geregelt. Die Anträge auf Erfolg abhandelt gesommener Lebensmittelkarten sind unter Vorlegung der polizeilichen Verlautbarung (vom zuständigen Polizeirevier anzufordern) bei der zuständigen Wirtschaftskommission zu stellen. Von der vorstehenden Regelung sind ausgeschlossen Ertragsanträge auf Haushaltungskarten. Die Antragstellung hierfür erfolgt im Rathaus, Zimmer 452.

Volkstümliche Vorträge in Neukölln. Dienstag, den 3. Januar 1917, abends 8 Uhr, veranstaltete die Stadtgemeinde in der Aula der Realschule, Söbblinstraße 84/81, einen Veder- und Rezitationsabend mit der Opern- und Konzertsängerin Fräulein Rosa Eberhardt und der Reziatatorin Fräulein Gertrud Rube. Einfallkarten sind vom 3. Januar 1917 ab im Rathaus, Zimmer 212, während der Dienststunden von 9—8 Uhr und in bedrängtem Umfange auch an der Abendkasse von 7 1/2 Uhr ab erhältlich.

Kunsthalle Wilmersdorf (Pariser Straße 45). Die Weihnachtsausstellung der Kunsthalle Wilmersdorf bleibt auch den Monat Januar über geöffnet. Freier Eintritt werktäglich 10—6 Uhr, Sonntags 12—2 Uhr.

Krankenkassenverband in den südlichen Vorortgemeinden. Der von den Vorortgemeinden Mariendorf, Zankwitz, Mariensfeld, Rudow, Großzietzen, Lichtertrabe und den Gutsbezirken Großzietzen, Kleinzeithen und Dörfel gebildete Krankenkassenverband hat jetzt die behördliche Bestätigung gefunden. Aufgabe des Verbandes ist es, für einen etwaigen Vermögensschleibetrag bei Auslösung der für den Bezirk errichteten Allgemeinen Hilfskassen für Mariendorf und Umgebung einzutreten; ferner stehen ihm die sonstigen den Krankenkassen gewährten Rechte und Pflichten zu. Da er auch Beihilfen aus eigenen Mitteln gewähren kann, so können die zusammengekauften Gemeinden dem Zweckverband auch für die Durchführung sozialer Maßnahmen Mittel überweisen.

Marmeladenverkauf in Reinickendorf. Die Gemeinde verkauft vom Sonnabend ab drei Sorten Marmelade durch die Lebensmittelgeschäfte, in denen die Haushaltungen in die Kundenliste eingetragen sind. Verkaufspreis 60 Pf. bis 1.20 M. Auf jeden Abschnitt der Lebensmittelkarten werden 250 Gramm verabfolgt.

Marmeladenverkauf in Weiskow. Die Gemeinde hat jetzt mit dem Verkauf der ihr zugewiesenen Marmeladenvorräte begonnen. Den in Betracht kommenden Kolonialwarenhandlungen können gegen Ablieferung des Vortragsmittels des 97. Bogen 170 Gramm zum Preise von 20 Pf. entnommen werden.

Die Zehnverbandsnote im Spiegel der Parteipresse.

In der Parteipresse ringen Empörung über den hochfahrenden Ton der Zehnverbandsnote mit Wunsch und Hoffnung, daß sich hinter dem Dornengebüsch böser Worte eine offene Tür und ein freier Weg zu Friedensverhandlungen zeigen. Das Urteil ist daher nicht durchaus gleichmäßig nuanciert. Die „Dresdener Volkszeitung“ sagt bedauernd: Das deutsche Volk nimmt die brutale Antwort der Gegner mit tiefstem Bedauern, doch nicht mit Klagen und Seufzen entgegen. Wenn irgend etwas geeignet sein konnte, um den Willen ganz Deutschlands zur einmütigen Abwehr der drohenden Gefahr zu stärken und zu erneuern, so diese schmachlich verbrecherische Ablehnung des Friedens durch die gegnerischen Mächte. Die „Frankfurter Volksstimme“ sieht vor allem das Rein in der Note. „Unsere Friedensbereitschaft wurde verächtlich; jetzt heißt die Parole weiter kämpfen!“ Das „Carlsruher Volksblatt“ bognügt sich nicht mit dem Entschluß, das Reich gegen die drängenden und dräuenden Feinde zu verteidigen zu wollen, sondern glaubt feststellen zu müssen, daß die, die bei uns „eine schonungslose Niederkaufung Englands“ befürworten, jetzt Oberwasser gewonnen haben.

Die Chemnitzer „Volksstimme“ schreibt: ... Wir haben also wieder die Empfehlung des uneingeschränkten Unterseebooskrieges, gegen den wir uns stets gewendet haben, nicht aus humanitären Gründen, für die unsere Feinde wirklich kein Verständnis an den Tag gelegt haben, sondern aus nüchternster politischer Erwägung. ... Man braucht gar nicht verfeinern, daß, wenn heute die Feststellung der Stimmung bei jedem einzelnen Deutschen möglich wäre, sich eine sehr große Mehrheit dafür aussprechen würde, nicht nur mit äußerster Entschlossenheit den Verteidigungskrieg fortzusetzen, sondern auch die Gegner beim Friedensschluß, wenn unsere Position es gestattet, gehörig büßen zu lassen. Der Politiker, der auch an die fernere Zukunft zu denken hat, darf sich von solchen Erwägungen und Stimmungen nicht leiten lassen.

Eine große Reihe von Parteiblättern ziehen aus der groben Antwort der Entente nicht nur den einzigen Schluß auf den bitteren Zwang zum Kampfe bis zum Ende, sondern suchen auch im Dornengebüsch der Briand'schen Rhetorik nach einer Friedensblume. Die „Rheinische Zeitung“ schreibt: „Aber wird das deutsche Angebot abgelehnt — daran ist nicht zu denken —, doch ist nicht diese Ablehnung das Entscheidende bei der Note, sondern daß dennoch die Türe zu Verhandlungen offen gelassen worden ist. Nur in der vorliegenden Form wird das Friedensangebot abgelehnt, nicht aber grundsätzlich, nicht ein für allemal.“ Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ findet die Tonart des Schriftstücks „anständiger als die Kundgebungen, welche wir bisher aus dem Munde feindlicher Staatsmänner zu vernehmen hatten“. Derselben Ansicht ist das Bochumer „Volksblatt“: „Man ist einigermaßen verwundert über die Vorsicht, die man bei der Abfassung des Wortlauts hat walten lassen, wie über die weise Mäßigung des Tones. Die Note bedeutet bei allen Hintergedanken keine glatte Ablehnung unseres Friedensangebotes, noch des Konferenzvorschlages. Nichts steht darin von der Niederzwingung Deutschlands, nichts von Verschmutterung des deutschen Militarismus, nichts mehr von „keinem Frieden ohne Sieg“, wozu in den vielen offiziellen und inoffiziellen Verlautbarungen bis in die letzten Tage, besonders nach im letzten Tagesbefehl des Zaren vom 28. Dezember so schwungvoll die Rede war. Auch die bisher geforderte Kriegsenfähigkeitsprüfung ist auf „Wiederherstellung“ herabgemindert worden.“ — Die „Völkische“ „Volkszeitung“ stimmt der Wiener Presse zu, die die Note, gemessen an den Reden der Entente-Minister, „im ganzen sehr zahm“ findet. Die „Rainger Volkszeitung“ glaubt, daß sich sehr wohl an das neueste Schlagwort des Zehnverbandes anknüpfen lasse: Anerkennung des Grundgesetzes der Nationalitäten. „Was die Note sagt von der „Gewähr“ für die Wiederherstellung der verletzten Rechte und Freiheiten, für Anerkennung des Grundgesetzes der Nationalitäten und des ferneren Bestandes der kleineren Staaten könnte ganz diskutabel scheinen. Bieten aber die Ententemächte selbst auch nur im geringsten eine solche Gewähr? ... Diese Frage stellen, heißt die ganze verbrecherische Heuchelei der Entente-Antwort enthüllen.“

Am energischsten vertritt die „Wiener Arbeiterzeitung“ die Ansicht, daß die Ententennote eine Friedensantwort sei. Nach einem glänzlichen Vergleich des gegenwärtigen Verhandlungsstadiums mit dem Zivilprozeß und der Entente mit der „Einschließung in den Streit“ führt das Organ der österreichischen Sozialdemokratie fort: „Der Schriftsatz der vereint vorgehenden Mächte Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Montenegro, Portugal, Rumänien, Rußland und Serbien — die Liste ist nicht gerade kurz — befreit sich eines Rates, wie es bisher noch keine Kundgebung der Entente gehalten hat. Der maßvolle Ton vor allem begründet die Hoffnung, daß auch dieser Streitteil dem Frieden näher kommen will. Ausgemergelt ist jede Anspielung auf die phantastischen Kriegsziele, die seit dem August 1914 von Amis wegen oder wenigstens von der feindlichen Presse so laut verkündet worden sind. Es ist keine Rede, ja keine Anspielung mehr auf Elsaß-Lothringen, auf die österreichischen und deutschen Gebiete des ehemaligen Polen, auf die Dardanellen und auf Konstantinopel. Der Armeebefehl des russischen Generalstabs ist von der Diplomatie des Zaren nicht aufgenommen und in den Entwurf eingeschaltet worden. Auch von Vernichtung ist keine Silbe zu lesen, weder von der Vernichtung und Aufteilung ganzer Reiche noch von der Vernichtung des preussischen Militarismus. Weder die Stimme beleidigender Geringschätzung, mit der sonst der deutsche Name bedacht wurde, noch auch der Ausdruck hysterischer Angst vor tollwütigen Westeroberungsdrang und überwältigender Gewalt, einer Heberhebung Deutschlands, die zeitweilig die Geringschätzung abgelöst hat, wird in den Worten vernehmbar. Die Streitteile haben sich zu lange und zu ernst gemessen und die festgestellte Begegnung aller Hoffnung und Befürchtung, alles Siegeswillens und aller Angst vor der Niederlage leidet endlich auch den Worten ihr Maß.“

Stadtverordnetenversammlung.

1. Sitzung vom Donnerstag, den 4. Januar 1917, nachmittags 5 Uhr. Die Versammlung nimmt zunächst ihre Rekonstitution vor. Der bisherige Vorstand, bestehend aus Richter (Fr. Fr.), Cassel (Linke) und Heilmann (Soz.) wird durch Jutz wieder gewählt. Die bestehenden Ausschüsse werden neu bestätigt. Auch im Jahre 1917 werden die ordentlichen öffentlichen Sitzungen der Versammlung am Donnerstag abgehalten werden und um 5 Uhr beginnen.

Wohnungsgezet — Selbstverwaltung.

Ein Antrag von den bürgerlichen Stadtv. Cassel, Kammer und Sen., am 16. Dezember 1916 eingebracht, geht dahin, den Magistrat zu ersuchen, durch Vorstellungen bei der Staatsregierung und beim Landtage auf Beseitigung der Gefahren hinzuwirken, welche der Selbstverwaltung der Gemeinden dadurch drohen, daß das beim Landtage eingereichte Wohnungsgezet durch Ausdehnung der Befugnisse der Ortspolizeibehörde die bisherigen Rechte der Gemeinden bei Festsetzung der Straßen- und Baufluchtlinien und in der Wohnungsfürsorge wesentlich beschränkt und einengt.

Stadtv. Cassel: Die Bestimmungen über die Zuständigkeit in dem neuen Entwurf bergen geradezu eine Gefahr für die Durchführung einer gesunden Wohnungs- und Siedelungspolitik durch die Kommunen. Die Gemeinden werden gezwungen, über das Wohnungsbedürfnis nach eigenem Ermessen zu entscheiden; jetzt soll auch in dieser Beziehung die Polizei das letzte Wort haben. Die beabsichtigte Aufhebung des Bauverbots an noch nicht regulierten Straßen kann in der Konsequenz direkt zum finanziellen Ruin einer Kommune führen, wenn es sich um die Deduktion der Kosten der späteren Regulierung handelt. Wo der Grund für diese neue Entmündigung der Gemeinden liegt, mag, ist unerfindlich; tatsächlich hat die kommunale Wohnungspolitik bisher ganz überwiegend Anerkennung, auch bei der Regierung, gefunden. Die geplante Ausdehnung der Polizeibefugnisse macht unsere Hoffnung, die Baupolizei als einen Teil der Wohlfahrts-polizei übertragen zu bekommen, völlig zu nichts.

Oberbürgermeister Vermuth: Gegen den Entwurf hat im Sinne des Antrags der Vorstand des Städtetages bereits Stellung genommen. Mit dem Wesen der Selbstverwaltung ist die Einengung der Kommunen bei der Haushaltsentscheidung nicht in Einklang zu bringen, und die spezifisch bürgerlichen Interessen an der Uebertragung der Wohnungspolitik erfahren durch den Entwurf eher alles andere als eine Förderung.

Stadtv. Krite (Fr. Fr.) äußert sich unter den gleichen Gesichtspunkten kritisch über den Entwurf, abgesehen er ihm auch manchen Fortschritt nachrühmen mußte.

Stadtv. Adolf Hoffmann (Soz.): Der Entwurf ist der drastische Beweis für die „Reuorientierung“. Man denkt gar nicht an eine noch so geringe Ausdehnung der Selbstverwaltung, auch nicht in einer Zeit, wo den Gemeinden nie dagewesene Opfer zugemutet werden. Der Sprecher Steiniger rüdt in greifbare Nähe, und beim preussischen Landtage dagegen Schuß suchen, hieße den Teufel bei seiner Großmutter verklagen. Auf Kosten der Gemeinden will man die Polizei allmächtig machen, die Gemeinden endgültig unter Polizeiaufsicht stellen. Man muß an die Wurzeln des Übels gehen; man übertrage die Baupolizei den Gemeinden, man heb endlich das veraltete Hausbesitzerprivileg auf! Hätten wir ein gleiches Wahlrecht, dann wäre ein solcher Entwurf dem Landtage gar nicht vorgelegt worden. Das Volk wird sich auch ein gutes Wohnungsgezet erkämpfen müssen, gekämpft erhält es nichts. Der Antrag wird hierauf angenommen.

Die Lebensmittelanträge.

Die Sozialdemokraten Stadtv. Barkowski und Genossen haben am 16. Dezember folgende Anfrage eingebracht:

Ist der Magistrat bereit, beim Kriegsernährungsamt für eine gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Lebensmittel auf Land und Stadt, insbesondere auch dafür zu wirken, daß Milch, Fett, Gemüse und Kartoffeln nicht bei den Erzeugern zum Zweck der Preissteigerung zurückgehalten werden, so daß die Versorgung Berlins ausreichend und billiger als bisher geschehen kann?

Der Vorstand der „Mittlerrhein“, die zum Zweck der gleichmäßigen Lebensmittelversorgung geschäftlich festzulegen sind, ist von uns bereits mitgeteilt worden, ebenso der von den beiden bürgerlichen Fraktionen zu demselben Thema eingebrachte Dringlichkeitsantrag.

Stadtv. Wurm (Soz.): Die Not der Umstände zwingt uns erneut, öffentlich gegen die Mißstände auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung Stellung zu nehmen. Die Preise sind immer weiter gestiegen, die Zukunft ist nicht gesichert, die Gemeinden bleiben auf dem Gebiete machtlos und rechtlos, während Bundesrat und Kriegsernährungsamt von ihren weitgehenden Befugnissen keinen genügenden Gebrauch machen. Das verheerliche System Delbrück, die Produktion durch höhere Preise anzuregen, ist unter Batacki nicht verlassen worden; er hat sich darauf beschränkt, den Landwirten gut zuzureden. Die Staatsgewalt der Stadt, und die jüngste Erklärung des Herrn v. Batacki ist geradezu eine Panoptikerklärung. Am 15. Februar springt der Preis für den Zentner Kartoffeln von 4 auf 5 M., Grund genug für die Erzeuger, möglichst bis dahin zurückzubehalten. Die Konsumenten werden aber noch darüber hinaus belastet, wenn der jetzt von Reich, Staat und Gemeinden getragene Zuschuß von 50 Pf. wirklich in Berlin kommt. Man droht mit Zwangsmaßnahmen, aber von einer Durchführung hört man nichts. Die Belieferung der Städte ist und bleibt ungenügend, die Selbstversorger haben Ueberfluß.

Höchstpreise für Gemüse sind festgesetzt, aber niemand sorgt dafür, daß der Erzeuger auch zu diesen Preisen liefern muß; Berlin konnte zu diesen Preisen kein Gemüse bekommen. Das gleiche gilt vom Obst; seit die Höchstpreise von „Apfelsäpfeln“ reden, wachsen überall nur noch Tafeläpfel. Die Preisprüfungsstellen sind dagegen ohnmächtig. Schuld an der Wücherei ist das Kriegsernährungsamt. Ebenso unerträglich steht es mit der Eierversorgung, und ein wahres Meisterstück der Nahrungsmittelpolitik ist die Versorgung mit Milch. Hier hat es die Nahrungsmittelstelle lediglich verstanden, den Preis immer höher zu treiben, während die Versorgung mit Vollmilch sehr zu wünschen übrig läßt und nur Kinder und Kranke sie jetzt bekommen. Die Uebelstände, die sich aus der Verbringung arbeitsloser Zeugnisse für die Bevölkerung, zumal die Arbeiter ergeben, sind übrigens immer noch nicht abgestellt. Daß auch die Milch von den Erzeugern zurückgehalten wird, steht amtlich fest, sie wird verpöndelt, um zunächst zu füttern, und die Selbstversorger versorgen sich, um die Milch zu verbuttern, mit Handzentrifugen, deren Absatz nach dem Zeugnis des Landrats v. Gravenitz „unheimlich“ zugenommen hat.

Am schlimmsten wird den Konsumenten beim Zucker mitgeteilt; den Rübenbauern macht man neue Willkürsanktionen, den Konsumenten aber sagt Herr v. Schorlemer föhl, auch sie müßten Opfer bringen — als wenn sie nicht schon unter den von ihnen getragenen Opfern nahezu zusammenbrächen! Der Hinweis des Herrn v. Batacki auf den „freien Handel“ macht sich in dieser Kriegszeit fast wie ein Schalk auf. In diesem Zusammenhang stimmen wir dem Antrag Cassel in seinem ersten Punkte zu. Aenderung des Systems ist unbedingt notwendig; daß Herr v. Batacki angesichts dieser Notwendigkeit angst und bange wird, ist nur zu begreiflich. In welchen Ausmaß die bisherige Bureaukratie führen konnte, hat ja die Gemüsekonservenverfügung vom 16. Dezember gezeigt; nachher macht man kurzbar Berlin dafür verantwortlich. Abhilfe bieten unsere „Mittlerrhein“, die schon in der ersten Kriegswache von den Gewerkschaften den obersten Reichsinstanzen vorgeschlagen worden sind; sie zielfeln in dem Vorschlage des Produktionszwangs, der in seinen Anfängen trotz Herrn v. Schorlemer schon vorhanden ist und im „Ober-Ost“-Bezirk völlig durchgeführt ist und sich nach dem Zeugnis der „Kreuzzeitung“ vorzüglich bewährt. Der Produktionszwang ist nicht weniger berechtigt als der vaterländische Hilfsdienst; er ist aber auch notwendig, weil die jetzigen Ernährungsverhältnisse noch lange Jahre nach dem Kriege fortdauern werden. Batacki hat vor den Anarchisten die Waffen gestreckt und sucht jetzt die Gemeinden zu Frühlingsnadeln zu machen; dagegen protestieren wir, und zugleich bringen wir unsere Anfrage als Antrag ein, um dessen Annahme wir Sie bitten.

Stadtv. Dr. Levy U (L.): Die Milchversorgung Berlins ist sehr mangelhaft; hier sollte auch für die Landwirtschaft das Bari

